

DAS ARCHIV

ZEITUNG FÜR WOLFSBURGER STADTGESCHICHTE

0,00 €

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

Jg. 10 (August 2025)

Editorial

VON ALEXANDER KRAUS

„Erinnern ist ein dynamischer Prozess“, schreibt die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann, „der sich durch inneren Druck und veränderte äußere Konstellationen in permanenter Veränderung befindet.“ In Wolfsburg zeigte sich dies Anfang April, als achtzig Jahre nach den historischen Geschehnissen zum ersten Mal der Opfer des Todesmarsches gedacht wurde. Denn nur wenige Tage, bevor US-amerikanische Truppen am 11. April 1945 die „Stadt des KdF-Wagens“ besetzten, ist das KZ-Außenlager Laagberg geräumt worden. Anders als beispielsweise die Lager in Buchenwald oder Bergen-Belsen ist das KZ-Außenlager auf dem Laagberg nicht befreit worden. Stattdessen wurden die Häftlinge – wie auch zahlreiche weitere KZ-Häftlinge, die kurz zuvor in die Stadt transportiert worden waren – auf einen Todesmarsch in das Auffanglager Wöbbelin geschickt, den zahlreiche Häftlinge nicht überleben sollten. Von denen, die ihn überstanden, waren viele zusätzlich geschwächt, entkräftet, erkrankt, sodass sie den katastrophalen Zuständen in Wöbbelin nichts mehr entgegenzusetzen konnten.

Angestoßen durch die Zivilgesellschaft wurde nun mit Unterstützung der Französischen Botschaft im April erstmals ein Gedenktag mit lokalhistorischem Bezug realisiert. Wir eröffnen die aktuelle Ausgabe unserer Archivzeitung mit den Reden des französischen Botschafters François Delattre, von Oberbürgermeister Dennis Weilmann, von Anita Placenti, der Leiterin des IZS, des Vorsitzenden des *Freundeskreises des Gedenk- und Lernortes KZ-Außenlager Laagberg*, Uwe Paulsen, von Gabrielle Perissi in ihrer Funktion als stellvertretende Leitung des *Mémorial de l'internement et de la déportation Camp de Royallieu, Compiègne* sowie von Jean-Michel Gausso, dessen Vater kurz vor der Befreiung im KZ-Auffanglager Wöbbelin verstorben ist.

In den weiteren Texten steht die Aufarbeitungsgeschichte der *Neuland Wohnungsgesellschaft mbH* im Fokus, der Umgang mit den „rassisch unerwünschten“ Kindern osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen, die Inszenierung der *Tullio-Cianetti-Halle* auf Fotografien, die Geschichte der Wolfsburger Amtskette sowie die der hiesigen Kneipenkultur.



François Delattre, Botschafter der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland, während seiner Rede zum Gedenken an die Opfer des Todesmarsches, 4. April 2025; Foto: Lars Landmann/StadtA WOB, S.8/#293546

Resilienz braucht Orte der Begegnung, des Austauschs und der Reflexion

VON FRANÇOIS DELATTRE

Es ist eine große Ehre für mein Team aus der Französischen Botschaft und für mich, heute zu diesem feierlichen Anlass mit Ihnen gemeinsam hier – an diesem Ort – auf dem Laagberg in Wolfsburg zu sein. Achtzig Jahre nach der Befreiung der nationalistischen Konzentrationslager gedenken wir in diesen Monaten überall in Europa den Opfern des Nationalsozialismus und seiner Kollaborateure, und es bewegt mich ganz besonders, heute an der wichtigen Grundsteinlegung für die Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Laagberg teilzunehmen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zuallererst möchte ich Ihnen den Dank und die große Anerkennung Frankreichs dafür aussprechen, dass die Stadt Wolfsburg beschlossen hat, hier, an einem lange vergessenen Ort des Leidens, eine moderne, innovative und zutiefst europäische Gedenkstätte zu errichten. Dieser Gedenk- und Lernort wird an die vielen deportierten Häftlinge aus Frankreich und ganz Europa erinnern und auch ein Symbol für die Aussöhnung und unerschütterliche Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern sein.

Wenn es unmöglich ist, das *Irreparable* zu reparieren, dann führen

wir heute eine unumgängliche und dringende Maßnahme durch, die, wie der französische Philosoph Paul Ricoeur schreibt, einer „Gerechtigkeitspflicht gegenüber der Vergangenheit“ entspricht.

Achtzig Jahre nach den unaussprechlichen Verbrechen der Nationalsozialisten und des Vichy-Regimes in Frankreich, und während in ganz Europa und darüber hinaus, Nationalismus, Populismus, Revisionismus und Antisemitismus an Stärke gewinnen, ist die Einweihung der Gedenkstätte Laagberg ein starkes Zeichen gegen die Schwächung unserer pluralistischen Demokratien. Es geht heute darum, Gerechtigkeit, Kultur und Menschlichkeit an genau dem Ort wiederherzustellen, an dem die Nazis sie vollkommen ausgelöscht haben.

Nachdem auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz die Prinzipien der 1945 geschaffenen internationalen Ordnung tiefgreifend untergraben wurde, ist es umso unerlässlicher, genau solche Orte, wie diesen, zu schaffen. Orte, an denen die Aura der Steine, die Dokumentation und das Archiv sowie das Engagement von Pädagoginnen und Pädagogen uns daran erinnern, dass Europa nicht ohne humanistische und

demokratische Werte ist, die uns insbesondere von den Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges und der unvorstellbaren Verbrechen, die damals auf unserem Kontinent begangen wurden, überliefert wurden.

Lieber Herr Gausso, heute denken wir auch an Ihren Vater, den Sie nicht kennenlernen konnten und der Sie dennoch nie losgelassen hat. Jean Gausso, Anwalt und Widerstandskämpfer, ist in das Konzentrationslager Neuengamme deportiert worden, als seine Frau Hélène mit Ihnen schwanger war. Seine Geschichte, die Geschichte Ihres Vaters, haben Sie in einem bewegenden Buch niedergeschrieben. Ich kann Ihnen, meine Damen und Herren, die Lektüre dieses Buches nur empfehlen. Es ist das eindringliche Zeugnis eines durch die Nationalsozialisten zerstörten Lebens – ein Beispiel von Dutzenden Millionen. Und es ist auch ein Zeugnis für das generationen-übergreifende Trauma, das unseren Kontinent bis heute prägt.

Wir gedenken heute der unzähligen Schicksale von Menschen und deren Familien aus Frankreich, Italien und vielen anderen Ländern Europas, die zur Zwangsarbeit gezwungen worden sind, um die Kriegswirtschaft der Nazis

unter unerträglichen Bedingungen aufrecht zu erhalten. Hier, im KZ-Außenlager Laagberg, verübte Nazi-Deutschland – wie auch anderswo – einen Massenmord an den Deportierten, indem es sie zur Zwangsarbeit einsetzte, die die internierten Häftlinge im Durchschnitt nicht länger als ein paar Monate überlebten.

Die Deportierten des KZ-Außenlagers Laagberg verkörperten die vom italienischen Philosophen Giorgio Agamben beschriebene Figur des *homo sacer*, eines Individuums, das außerhalb des Rechts und damit aus der menschlichen Gesellschaft verbannt ist. Aus der politischen Existenz ausgeschlossen, verfügt der *homo sacer* nur über sein „nacktes Leben“, wobei jede Sekunde der Willkür und dem Ausnahmezustand unterworfen ist.

Meine Damen und Herren, erinnern Sie heute an die Deportierten vom Laagberg, die aus ganz Europa hierher verschleppt worden sind, und erinnern Sie im Sin-



ne von Hannah Arendt daran, dass die Menschenrechte die Grundlage der Bürgerrechte sind. Erinnern Sie daran, dass es keine gerechte und demokratische Gesellschaft ohne die Achtung der moralischen Grundsätze und der damit verbundenen Grundfreiheiten geben kann.

Das Gedenk- und Dokumentationszentrum Laagberg wird den Phantomschmerz unserer gemeinsamen Geschichte offenlegen. Es wird dazu beitragen, den Besuchern zu erklären, dass die Ermordung der Deportierten durch Zwangsarbeit, Hunger, Durst, Krankheiten, Fußmärsche und Hinrichtungen der perverse Höhepunkt eines ausgeklügelten Systems war, mit dem Ziel, die freie, aufgeklärte und demokratische Welt zu zerstören, die wir auch heute noch gegen vielfältige Angriffe verteidigen müssen.

Die Französische Botschaft in Berlin lädt regelmäßig KZ-Überlebende ein. Ich bin jedes Mal überwältigt von ihrer Weitsicht, von ihrer Klarsicht und von der Modernität ihrer Sichtweisen. Diese Zeitzeugen lehren uns, dass das Unvorstellbare möglich ist. Ihre Berichte zeigen uns, dass friedliche und gewöhnliche Frauen und Männer unter bestimmten Bedingungen zu den schlimmsten Unmenschlichkeiten fähig sind.

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Wenn wir jedoch die Vergangenheit kennen und den Erfahrungsberichten derer zuhören, die das Unvorstellbare erlebt haben, können wir unseren kritischen Sinn schärfen und mögliche Brüche, die unsere Zeit bedrohen, im Voraus erkennen.

Das KZ-Außenlager Laagberg war ein Ort unbeschreiblichen Leidens, geprägt von Gewalt und unterdrückter Trauer, aber auch von unerschütterlicher Hoffnung, die einem in ganz Europa unter-

nommenen Werk der Resilienz vorausging.

Heute denke ich besonders an all die Familien, die aus Frankreich, den Niederlanden, Spanien oder auch Polen an den Laagberg reisen werden, um Spuren ihrer Vorfahren zu finden.

Meine ganz große Dankbarkeit spreche ich Frau Placenti und ihrem Team sowie Anke und Uwe Paulsen, den Gründern der Initiative *Freundeskreis Gedenk- und Lernort KZ-Außenlager Laagberg* e.V. aus. Dank ihrer herausragenden, wichtigen und leidenschaftlichen Arbeit wird die Gedenkstätte Laagberg bald zum Resonanzort all dieser „zurückgehaltenen Worte“ werden, die Claude Lanzmann beschrieben hat. Damit meine ich, dass der Besuch dieses Ortes für die Familien der Deportierten Möglichkeiten bieten wird, sich mit ihrer Familiengeschichte zu verbinden und so ein Fragment ihrer eigenen Identität zu heilen oder wiederherzustellen.

Ich konnte die beeindruckenden Gedenkstätten-Modelle sehen und weiß, dass dieser Ort ein außergewöhnliches topografisches und sensorisches Erlebnis bieten wird, an dem das Echo mehrerer Sprachen und tausender Geschichten kraftvoll widerhallen wird. Die in Deutschland befindlichen Erinnerungsstätten sind sowohl Orte der Andacht als auch Speicher der europäischen Erinnerung.

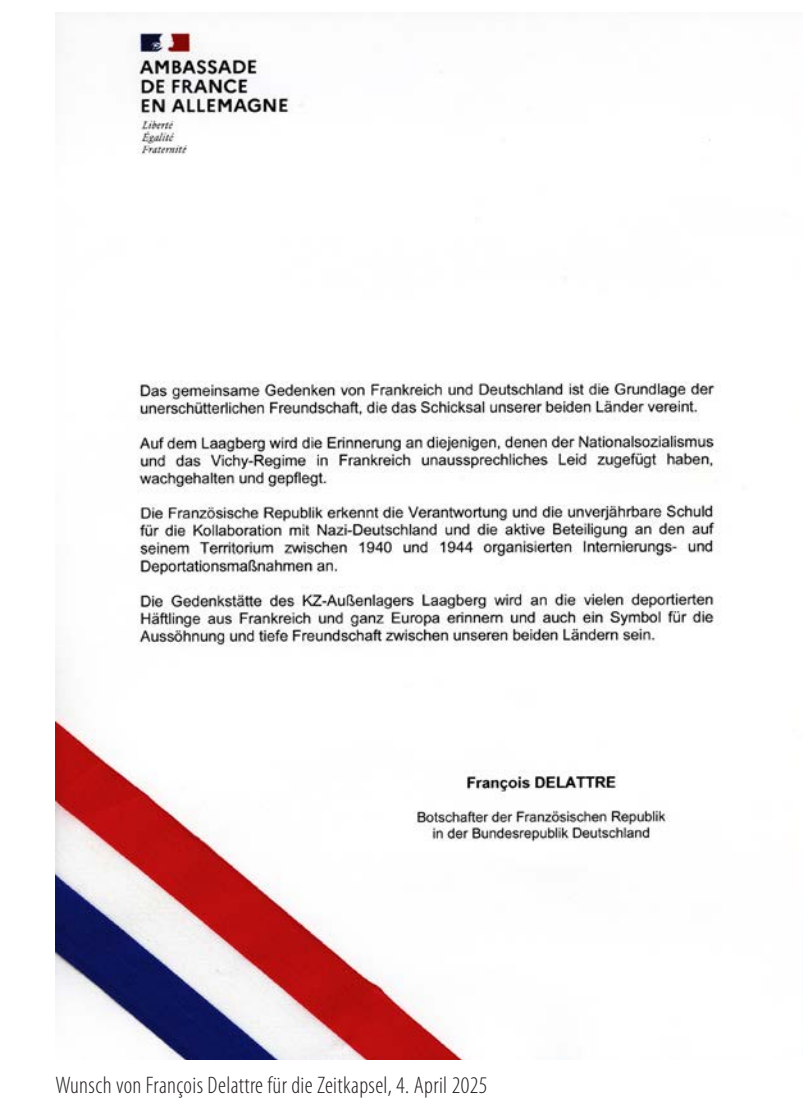
Während die Nazis und ihre Kollaborateure – ich denke dabei insbesondere an das französische Vichy-Regime – Europa in völlige Dunkelheit stürzten und überall Kultur, Kunst und Menschlichkeit mit beispielloser Gewalt zerstören wollten, zeigt die Grundsteinlegung für die Gedenkstätte Laagberg achtzig Jahre später, dass das nationalsozialistische Projekt der Zerstörung und Auslöschung gescheitert ist.

Wir haben die Menschen nicht vergessen, die in den Konzentrationslagern ermordet wurden. Heute interessieren wir uns mehr denn je für ihre Geschichte, wir sprechen mit ihren Familien, wir verbreiten ihre Worte, ihre Sprache und ihre Kulturen.

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich wurde die Erinnerungskultur in erster Linie durch großartige Bürgerinitiativen geschaffen und gepflegt, und ich möchte an dieser Stelle die unverzichtbare und wesentliche Arbeit der Verbände und Vereine würdigen, die in der Vergangenheit so viel für die europäische Verständigung getan haben und heute weiterhin tun. Auch die Freundeskreise ehemaliger Deportierter verbreiteten überall in Europa schon bald nach dem Krieg eine Botschaft des Friedens und der Versöhnung. Sie lehnten den Wunsch nach Rache ab und wiesen Ressentiments zurück. Wir verdanken ihnen viel.

Ihr Erbe wurde von einer Generation übernommen, die ihre humanistischen Werte weitertragen und heute von Menschen wie Anke und Uwe Paulsen verkörpert wird. Sehr geehrte Frau Paulsen, sehr geehrter Herr Paulsen, indem Sie viele Menschen und Ressourcen rund um Ihre Initiative zusammengebracht, haben Sie die Entschlossenheit und Weitsicht bewiesen, die für die Verwirklichung großer Projekte erforderlich sind. Ich weiß, dass Sie Italien und Frankreich freundschaftlich verbunden sind; erlauben Sie mir, Ihnen im Namen der Französischen Republik sehr herzlich für das Werk der Erinnerung zu danken, das Sie unserem Land seit mehreren Jahren widmen.

Die Überlebenden der Konzentrationslager haben uns gelehrt, dass Hass und Groll unter keinen Umständen das Fundament der



Wunsch von François Delattre für die Zeitkapsel, 4. April 2025

neuen Welt bilden dürfen. Im Gegenteil, die Resilienz im Sinne des französischen Neuropsychiaters Boris Cyrulnik, ist nur im Austausch, in der Begegnung und in der Annäherung an den Anderen möglich.

Die Resilienz braucht Orte der Begegnung, des Austauschs und der Reflexion, wie den, den wir heute eröffnen. Angesichts der Geschichtsfälscher, und derer, die die Geschichte relativieren und vergangene Geschehnisse instrumentalisieren, um Hass und Spaltung zu schüren, brauchen wir den Beweis der Archive, die Bedeutung des authentischen Ortes und die unnachahmliche Kraft des Zeugnisses.

Gemeinsam mit ihren europäischen Freunden und Partnern kämpft Frankreich heute und wird auch in Zukunft mehr denn je gegen alle Formen des Revisionismus kämpfen, die eine unerträgliche Verletzung der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus sowie der Zukunft ihrer Nachkommen darstellen.

Abschließend möchte ich noch einmal ganz herzlich allen Menschen danken, die die heutige Grundsteinlegung der zukünftigen Gedenkstätte ermöglicht haben. Un grand merci à vous tous.

François Delattre ist Botschafter der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland.

Erinnerung ist kein statisches Konzept, keine bloße Rückschau auf das Vergangene

VON DENNIS WEILMANN

Wir sind heute hier, um uns eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte nicht nur in Erinnerung zu rufen, sondern ihm mit Würde, Respekt und Verantwortungsbewusstsein zu begegnen. Vor genau 80 Jahren begann an diesem Ort ein Leidensweg, der sich in die tiefsten Abgründe der Menschheitsgeschichte eingeschrieben hat: der Todesmarsch der Häftlinge des KZ-Außenlagers Laagberg.

Dieser Tag mahnt uns, dass das Erinnern nicht nur eine historische Verpflichtung ist, sondern eine lebendige, fortwährende Aufgabe. Wir dürfen das Leid der Opfer niemals dem Vergessen preisgeben. Vielmehr müssen wir es als Mahnung verstehen – eine Mahnung, die uns heute und in Zukunft dazu verpflichtet, für die Werte der Menschlichkeit, der Würde und des friedlichen Miteinanders einzutreten.

Das Konzentrationslager Laagberg war eines von vielen Außenlagern des nationalsozialistischen Terror- und Unterdrückungsapparats. Hier wurden Männer aus zahlreichen Nationen, viele von ihnen französische Widerstandskämpfer, entrechtet, gequält und zur Zwangsarbeit gezwungen. Ihre Tage waren geprägt von Hunger, Krankheit, schwerer körperlicher Arbeit und der ständigen Bedrohung durch Gewalt.

Doch selbst als der Krieg sein unaufhaltsames Ende nahm, fanden die Qualen dieser Menschen kein Ende – im Gegenteil: Am 7. April 1945, wenige Wochen vor der endgültigen Niederlage des NS-Regimes, begann für die Häftlinge dieses Lagers ein Martyrium, das für viele von ihnen das sichere Todesurteil bedeutete.

Auf Befehl der SS wurden die geschwächten und entkräfteten Männer in einem unmenschli-

chen Gewaltakt aus dem Lager getrieben. Kilometerweit mussten sie marschieren – barfuß, in zerschissenen Kleidern, geschwächt von Hunger und Krankheit. Wer fiel, wer nicht mehr weiterkonnte, wer zusammenbrach, wurde erschossen oder seinem Schicksal überlassen – für viele führte dieser Marsch direkt in den Tod.

Doch selbst diejenigen, die ihn überlebten, fanden in den Zielorten, etwa im KZ Wöbbelin, keine Rettung. Auch dort erwarteten sie Hunger, Entkräftung, Misshandlungen und der Tod. Selbst nach der Befreiung durch die alliierten Truppen verstarben viele dieser Menschen an den Folgen des erlittenen Grauens.

Heute, 80 Jahre später, stehen wir hier an einem Ort, der für so viele Opfer ein Ort des Leids, der Erniedrigung, der Entbehrung war. Wir stehen hier, um ihre Namen und Schicksale vor

dem Vergessen zu bewahren. Sie haben keine Stimme mehr – aber wir haben sie. Wir tragen die Verantwortung, ihre Geschichte weiterzutragen, ihre Erinnerungen wachzuhalten und aus der Vergangenheit die richtigen Lehren zu ziehen.

Erinnerung ist kein statisches Konzept, keine bloße Rückschau auf das Vergangene. Erinnerung ist eine fortwährende Verpflichtung, ein gesellschaftlicher Auftrag, der uns dazu anspornt, in der Gegenwart wachsam zu sein und die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Gedenken allein reicht nicht aus – es muss in Haltung, in Verantwortung, in entschlossenem Handeln münden. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass wir hier in Wolfsburg heute nicht nur zusammenkommen, um zu gedenken, sondern auch, um ein klares Zeichen zu setzen:

Mit der Errichtung des Gedenk- und Lernortes KZ-Außenlager Laagberg tragen wir als Stadtgesellschaft unsere historische Verantwortung. Wir schaffen einen Ort der Erinnerung, der Mahnung und der Aufklärung. Ein Ort, an dem künftige Generationen erfahren können, was hier geschah – und warum es niemals wieder geschehen darf. Dieser Gedenkort wäre ohne das unermüdliche Engagement vieler Akteure nicht möglich gewesen – Ihnen allen gebührt unser tiefster Dank.

Seit neun Jahren begehen wir in Wolfsburg am 27. Januar den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Mit jeder Veranstaltung, mit jeder Bildungsinitiative, mit jeder jungen Stimme, die sich dieser Geschichte annimmt, wächst unser kollektives Bewusstsein dafür, dass Erinnerung nicht verord-

Gedenkveranstaltung am 4. April 2025

Dieser Gedenkort sollte uns immer ein Mahnmal sein – gegen das Vergessen, gegen Intoleranz und gegen Unrecht. Die Geschichte lehrt uns, dass Frieden und Demokratie verteidigt werden müssen. Mögen künftige Generationen diese Verantwortung mit Respekt und Entschlossenheit tragen.



Oberbürgermeister Dennis Weilmann

net, sondern aktiv gelebt werden muss.

Es macht Hoffnung, dass Schülerinnen und Schüler unserer Stadt heute eigene Formen des Gedenkens entwickeln. Denn das zeigt: Die Erinnerungskultur ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern eine Verpflichtung für die Zukunft.

Viele der Häftlinge des KZ-Außenlagers Laagberg stammten aus Frankreich, viele von ihnen haben gegen das unmenschliche Regime der Nationalsozialisten gekämpft. Es ist daher ein starkes Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft, dass wir heute gemeinsam mit der Französischen Republik diesen Gedenkstein einweihen. Er soll ein sichtbares Symbol für die Würde

der Opfer sein – und ein Mahnmal für uns alle.

Mit einer besonderen Geste wollen wir heute zudem unseren Wunsch bekräftigen, dass dieser Ort in Zukunft nicht nur ein stilles Denkmal ist, sondern ein lebendiger Ort der Reflexion und der Aufklärung. Wir werden eine Zeitkapsel füllen – mit unseren persönlichen Gedanken, Hoffnungen und Wünschen für diesen Gedenkort. Sie wird Teil des entstehenden Gedenk- und Lernortes sein.

Möge dieser Ort künftigen Generationen Mahnung und Auftrag zugleich sein: Die Vergangenheit darf sich niemals wiederholen.

Dennis Weilmann ist Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg.



Julien Acquatella, Leiter der Kommission für die Restitution von Kulturgütern und die Entschädigung der Opfer antisemitischer Enteignungen (CIVS), und Coralie vom Hofe, Referentin bei der CIVS, im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern, 4. April 2025; Foto: Lars Landmann/StadtA WOB, S.8/#293607

Oben links: Wunsch des Oberbürgermeisters Dennis Weilmann für die Zeitkapsel

Links: Oberbürgermeister Dennis Weilmann während seiner Rede, 4. April 2025; Foto: Lars Landmann/StadtA WOB, S.8/#293520

Den Todesmarsch des KZ-Außenlagers in der Erinnerungskultur der Stadt verankern

VON ANITA PLACENTI

Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau wurde am 27. Januar 1945 von der Roten Armee befreit. Vor zwanzig Jahren wurde jener Tag der Befreiung durch die Vereinten Nationen als Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust eingeführt.

Auch in der Gedenkstätte Buchenwald wird alljährlich am 11. April an die Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald durch die US-Armee erinnert. Das einstige Konzentrationslager Bergen-Belsen ist am 15. April 1945 durch britische Truppen befreit worden – die dortige Gedenkstätte begeht auch in diesem Jahr den Tag der Befreiung, um der Opfer und der Überlebenden zu gedenken. Auch die Auffanglager Sandbostel und Wöbbelin begehen am 29. April beziehungsweise am 2. Mai einen Gedenktag zur KZ-Befreiung.

Als britische Truppen dagegen am 4. Mai 1945 das Gelände des

Konzentrationslagers Neuengamme betraten, fanden sie allein leere Baracken vor. Die SS hatte das Lager zuvor geräumt und versucht, ihre Spuren zu verwischen. Das Lager ist wie die allermeisten der dazugehörigen Außenlager durch die SS aufgelöst und eben nicht befreit worden. Dies gilt auch für das KZ-Außenlager Laagberg, das am 7. April 1945 geräumt worden ist. Aber was genau bedeutete das, die Räumung eines Außenlagers? Es ist diese Frage, die sich der Freundeskreis Gedenk- und Lernort KZ-Außenlager Laagberg und die Stadt im Vorfeld dieses Gedenktages gestellt haben. Zur Beantwortung dieser Frage ist es unumgänglich, jene zu Wort kommen zu lassen, die diese Räumung, die nichts anderes als ein Todesmarsch war – so der etablierte Begriff in der Forschung – erlebt und überlebt haben. Denn es ist die Aufgabe von Gedenk- und Lernorten, den einstigen Opfern und

Häftlingen ihre Stimme zurückzugeben, die Geschehnisse zu rekonstruieren, sie aufzuarbeiten, zu vermitteln und in aktive Erinnerungsarbeit zu verwandeln.

Die beiden Franzosen Fernand Charlier und Georges Chavanaz, die beide das KZ Royallieu in Compiègne, das KZ Neuengamme, das KZ-Außenlager Laagberg und das Auffanglager Wöbbelin überlebt haben, schrieben in den 1980er Jahren über das Außenlager Laagberg, das in den Aufzeichnungen der Franzosen stets als Camp Fallersleben bezeichnet wird: „Wenn relativ wenige Häftlinge in Fallersleben starben, so waren doch alle Bedingungen vorhanden, um in kurzer Zeit eine totale Vernichtung herbeizuführen.“

Ihr Landsmann André Boulard, der das Kriegsende als 18-jähriger erlebte, erinnerte im gleichen Zeitraum, vor allem rund um den Tag der Evakuierung des Lagers habe es viele Todesfälle gegeben – „auf-

grund der großen Schwäche der Häftlinge“, des Hungers, der grassierenden Cholera und Ruhr.

So verstarb der Niederländer Antoon Beernink am 2. April, der Belgier Roger Pierre drei Tage später – laut Todesschein an Versagen von Herz und Kreislauf sowie Lungentuberkulose. Ebenfalls am 5. April verstarb der Pole Wojciech Trybula – vorgeblich aufgrund eines Versagens von Herz und Kreislauf.

Der Résistance-Kämpfer Sylvain-Eugène Colombet sagte im August 1946 während des Verfahrens gegen den gefürchteten Blockführer Anton Peter Callesen vor Gericht über die Evakuierung des Lagers aus, der damalige Befehl der SS habe gelaute: „jeden Häftling, der nicht folgen könne, an Ort und Stelle zu erschießen.“ Und weiter:

„Man teilte uns die Rübensuppe und das Brot aus und begleitete uns, streng bewacht, in der Mor-

gendämmerung zum Bahnhof. Man ließ uns in einem Warentransportwagen steigen und schloß diesen mit einem Vorhängeschloß ab. Wir zählten durch – wir waren 160 Männer. Im Waggon, inmitten dieser lebenden Skelette, war es unmöglich, sich zu bewegen oder hinzusetzen. Die erste Nacht verging unter furchtbarem Leiden.“

Jacques Boca wiederum berichtet von den Etappen des Todesmarsches. So ging es über Dannenberg – wo sie fast drei Tage Halt machen, die Waggonen aber nur nach Lust und Laune der SS-Wachmannschaften verlassen durften – weiter nach Salzwedel:

„Eine höllische Nacht beginnt, unglaublich grausam. Sieben Leute sind im Delirium. Wir müssen zwei von ihnen festbinden. Einer versucht, sich zu erwürgen und brüllt im Waggon. Draußen ist Gewitter. Wir haben alle, mehr oder weniger, Fieber, so wie wir aneinandergedrängt sind.“

Am Donnerstag, den 12. April 1945, machen sie Halt in Wittenberge, ehe es nach Wöbbelin weitergeht.

Doch nicht alle kommen im Auffanglager Wöbbelin an.

Bereits am 7. April verstirbt der Franzose Théophile Depoix im Alter von 38 Jahren.

Am 8. April versterben der Franzose Jean Esteva im Alter von 27 Jahren sowie sein Landsmann René Mouls im Alter von 28 Jahren. Als René Mouls im Juni 1944 in Neuengamme angekommen war, verzeichnete die NS-Bürokratie an persönlichen Gegenständen einen goldenen Ehering, einen Goldring mit Ornamenten, einen Füllfederhalter, einen drehbaren vierfarbigen Stift, eine weiße Armbanduhr

mit Metallarmband, auf dem sein Name graviert ist. Es sind dies letzte Spuren seines Lebens vor der Entmenslichung.

Am 12. April verstirbt der Franzose Marcel Honoré Chesneau im Alter von 31 Jahren.

Am 13. April – einen Tag zuvor war der Transport in Wöbbelin angekommen – verstirbt der Franzose Georges Genet in Salzwedel im Alter von 26 Jahren. Scheinbar wurde er während des Zwischenhaltes zuvor, wahrscheinlich schon dem Tode nahe, aus dem Zug gebracht.

In Wöbbelin selbst stiegen die Todeszahlen noch einmal stark an. Und selbst nach der Befreiung, noch vor dem Rücktransport in ihre Heimatländer, verstarben so viele der befreiten KZ-Häftlin-

ge an den Folgen von Haft, Miss-handlungen, fehlender Hygiene und grassierender Krankheiten. Viele von ihnen starben in den umliegenden Krankenhäusern.

Es ist an uns, auch an jene Häftlinge zu erinnern, die zwar das Außenlager Laagberg, nicht aber den Todesmarsch, das Sterbelager Wöbbelin oder die ersten Tage und Wochen nach der Befreiung überlebt haben. Und auch deshalb sind wir heute hier versammelt – um ihrer zu gedenken. Um nicht zu vergessen. Um ein deutliches Zeichen zu setzen, dass die Stadt Wolfsburg sich ihrer Geschichte bewusst ist, diese reflektiert, fortlaufend aufarbeitet, an ihrer Erinnerungskultur arbeitet, und, das möchte ich an diesem Ort hervorheben, genau hier einen Gedenk-

und Lernort realisieren wird, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, aber auch, um einen Lernort für die Demokratie zu schaffen. Denn Erinnerungsarbeit ist stets auch immer Arbeit am Demokratieverständnis.

Lassen sie uns einen ersten Stein für diesen Gedenk- und Lernort setzten. Einen Gedenkstein, der erinnern soll an den Todesmarsch, der am 7. April 1945 begann. Der Gedenkstein erinnert mich von seinen Abmaßen stark an die hinter mir verpackten Fundamentabschnitte der Gefangenenbaracke 4 des KZ-Außenlager Laagberg.

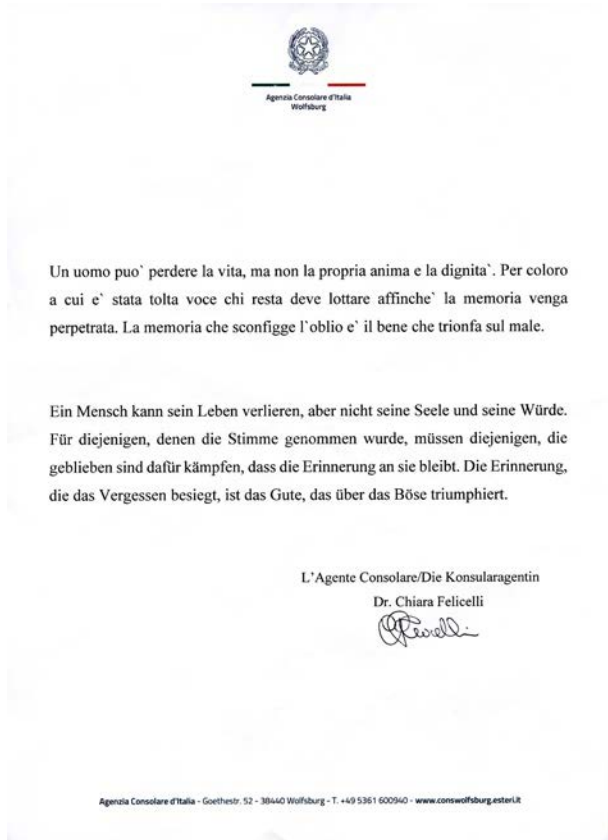
Wir sind es den Menschen schuldig, die hier, an diesem Ort, zu monatelanger Zwangsarbeit verdammt gewesen waren, die

Gewalt und Misshandlung erdulden mussten, die gelitten, die Marter zum Teil nicht überlebt haben.

Maurice Gleize, der das KZ-Außenlager Laagberg überlebte, brachte diesen Gedanken am 15. Oktober 1986 wie folgt auf den Punkt:

„Wir, die Ehemaligen von Fallersleben, die unser Leben im Kampf gegen Nazismus während der finsternen Jahre geopfert haben, wollen, daß dieses Opfer von der Jugend erkannt wird [...], damit die zukünftigen Generationen sich an einer ewigen Sonne erfreuen können.“

Anita Placenti ist Leiterin des Instituts für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg.



Wunsch der italienischen Konsularagentin Dr. Chiara Felicelli für die Zeitkapsel



Schülerinnen während ihrer Lesung von Auszügen aus Jean-Michel Gaussots Buch über seinen Vater, der nach seiner Haft im KZ-Außenlager Laagberg und dem Todesmarsch im Auffanglager Wöbbelin verstorben ist, 4. April 2025; Foto: Lars Landmann/StadtA WOB, S.8/#293603

Vom Ringen um einen Ort der europäischen Vernetzung und des Austauschs

VON UWE PAULSEN

Ich bin tief bewegt und freue mich sehr, heute hier vor ihnen zu stehen und zu ihnen sprechen zu dürfen. Und ich bin dies aus mehreren Gründen. Zunächst, weil wir diesen besonderen Tag nicht in einem kleinen Kreis begehen, sondern Unterstützung von so vielen Seiten bekommen haben. Dass Sie, Ihre Exzellenz Monsieur François Marie Delattre, als Botschafter der Französischen Republik und damit als höchster Repräsentant Ihres Landes heute hier anwesend sind, zeigt uns, dass wir mit unserem Anliegen, an die Opfer des NS-Regimes zu erinnern und dieser Erinnerung einen festen Gedenk- und Lernort zu schaffen, nicht alleine stehen.

Ihre Anwesenheit ist eine große Unterstützung und dafür möchte ich Ihnen als Vorsitzender des

Freundeskreises Gedenk- und Lernort KZ-Außenlager Laagberg meinen herzlichen Dank aussprechen. Ich möchte auch klar benennen, dass wir ohne die so tatkräftige Unterstützung und das Wohlwollen der französischen Botschaft sehr wahrscheinlich heute nicht hier stünden. Nochmals vielen Dank Herr Botschafter Delattre und Julien Acquatella, Leiter der Außenstelle der Französischen Botschaft Berlin.

Ich bin aber auch tiefbewegt, da wir mit dem heutigen Gedenktag dem Gedenken an die einstigen Häftlinge des KZ-Außenlagers Laagberg eine neue Form geben, das Gedenken konkret machen, das Leid explizit benennen: Denn am 7. April 1945 wurde das damalige KZ-Außenlager Laagberg nicht nur aufgelöst, an diesem Tage wurden die überlebenden

etwa 700 Häftlinge auch auf die letzte Etappe ihres Martyriums geschickt – auf den Todesmarsch, der sie nach Tagen in das durch die Häftlinge vielfach als Sterbelager benannte Auffanglager Wöbbelin führte. Sie wurden zum Bahnhof in Fallersleben getrieben und dann in Viehwaggons auf einen tagelang andauernden Transport nach Wöbbelin geschickt, den einige von ihnen nicht überleben sollten. Was erst recht für das Auffanglager in Wöbbelin gilt.

Mit dem Gedenken an den Beginn des Todesmarsches verbinden wir den konkreten Ort des Leids, das KZ-Außenlager Laagberg, mit den weiteren Lebenswegen der Häftlinge – mit jenen, die ihr Leben schon wenige Tage später auf dem Todesmarsch verloren, mit jenen, die in Wöbbelin oder selbst noch nach der Be-

freiung vor dem Rücktransport in ihre Heimat verstarben, mit jenen, die die Erinnerung an ihre KZ-Haft durch ihr weiteres Leben mit sich trugen.

Mit dieser Gedenkfeier und der symbolischen Grundsteinlegung ist auch ein großer Schritt zur Errichtung des Gedenk- und Lernorts KZ-Außenlager Laagberg getan, mit dessen Bau, so haben Sie es, lieber Oberbürgermeister Dennis Weilmann, im Januar anlässlich des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust den Schülerinnen und Schülern dieser Stadt versprochen, und uns persönlich, dem Vorstand des Freundeskreises zugesagt, im kommenden Jahr 2026 nun endlich begonnen werden soll.

Es wird dies der richtige Ort sein, um das Unerkennliche denken

zu müssen, das Unaussprechbare aussprechen zu lernen und sich das Unvorstellbare vorzustellen zu versuchen. Und damit wird der Gedenk- und Lernort zu einem wichtigen Zentrum der erinnerungspolitischen, kulturellen, pädagogischen und nicht zuletzt politischen Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Stadt und unserer gesellschaftlichen wie politischen Wirklichkeit.

Wir stellen uns diesen Ort als einen Ort der europäischen Vernetzung und des Austauschs vor, an dem mit verschiedenen Archiven und Gedenkstätten zusammengearbeitet wird, so wie aktuell mit dem *Mémorial de l'internement et de la déportation – Camp de Royallieu* in Compiègne geschehen, mit denen wir gemeinsam das neue Banner realisiert haben. Denn die allermeisten

Friedliche Kämpfer der Erinnerung

VON JEAN-MICHEL GAUSSOT



Jean-Michel Gaussot während des Platzierens seiner Rede in der Zeitkapsel, 4. April 2025; Foto: Lars Landmann/StadtA WOB, S.8/#293605

Das Gedenken an die Evakuierung des Lagers Laaberg in der zweiten Aprilwoche 1945, also vor 80 Jahren, hat für mich aus mehreren Gründen eine besondere Bedeutung und Wichtigkeit.

Erstens und vor allem, weil einer der mehr als 700 Häftlinge, darunter etwa 400 französische Deportierte, die alle zu Sklaven gemacht worden sind und die viele Monate lang in unmittelbarer Nähe des Ortes, an dem wir uns heute versammelt haben, litten, mein Vater Jean Gaussot war, den seine Verbundenheit mit seinem Land und der Freiheit dazu gebracht hatte, sich im Widerstand gegen die Nazi-Besatzer zu engagieren.

Zweitens, weil ich mich, als ich Vorsitzender der *Amicale internationale KZ Neuengamme* war, 2017, nachdem bei Bauarbeiten zufällig die Fundamente einer Baracke des ehemaligen Lagers freigelegt worden waren, veranlasst sah, bei den damaligen lokalen Behörden vorstellig zu werden und den Wunsch unseres Vereins zum Ausdruck zu bringen, dass an Ort und Stelle ein Gedenk- und Dokumentationszentrum errichtet werden sollte.

Als Generalsekretär der französischen *Amicale de Neuengamme* kann ich mich schließlich nur darüber freuen, dass die Stadtverwaltung von Wolfsburg ihre Entscheidung klar bestätigt hat, eine solche Gedenkstätte einzurichten. Ich möchte allen, die sich hier in Wolfsburg dafür eingesetzt haben, persönlich danken, sei es den städtischen Behörden, dem *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation*, dem



Der Gedenkstein für die Opfer des Todesmarsches, 4. April 2025; Foto: Lars Landmann/StadtA WOB, S.8/#293601

Freundeskreis des Gedenk- und Lernortes KZ Außenlager Laaberg oder dem Verein VVN-BdA. Ich danke ebenfalls Botschafter François Delattre und seinen Mitarbeitern, nicht nur für ihre Anwesenheit hier heute, sondern auch für ihren wertvollen Beitrag zum Gedenken an die Deportation.

Die Männer, die am 31. Mai 1944 aus Neuengamme im La-

ger Laaberg ankamen, mussten über zehn Monate lang unter den Schlägen der SS und der Kapos zermürbende Zwangsarbeit leisten und wurden von Durst und Hunger gequält, bis sie am Abend des 7. April 1945, also fast auf den Tag genau vor 80 Jahren, das Lager verließen und zu Fuß zum Bahnhof Fallersleben gehen mussten. Nun begann für sie ein noch schlimmeres Marty-

rium: Zunächst eine chaotische Zugfahrt, zu 100 in Viehwaggons zusammengepfertcht, die sie schließlich nach Ludwigslust bringen sollte, wo der Transport am Morgen des 13. April ankam. Die meisten Häftlinge mussten jedoch noch bis zum 15. April warten, bis die Zugtüren geöffnet wurden und die Überlebenden den Zug verlassen konnten. Viele waren bereits bei der Abfahrt in Fallersleben erschöpft und auf der schrecklichen Reise gestorben. Für diejenigen, die das Lager Wöbbelin betraten, war es die letzte Station ihres Kreuzwegs.

Nachdem sie eine Woche lang ohne Bewegungsfreiheit in den Waggons eines Güterzuges eingesperrt gewesen waren, fast ohne Wasser und Nahrung, fanden sie sich plötzlich in einem Lager wieder, das noch lange nicht fertiggestellt war, das für höchstens ein paar hundert Menschen ausgelegt war, aber Tausende aufnahm, in dem die Baracken keine Türen, die Fenster keine Scheiben und die meisten Bettgestelle keine Bretter hatten. Meistens mussten sie auf dem Erd- oder Sandboden schlafen. Die Unterernährung war so stark, dass es zu kannibalischen Szenen kam. Innerhalb von kaum mehr als zwei Wochen starben mehr als tausend Deportierte an Erschöpfung, Hunger, Ruhr oder Typhus. Einer von ihnen war mein Vater, der am 24. April starb, acht Tage vor der Befreiung des Lagers durch die 82. amerikanische Luftlandedivision.

Die *Amicale Internationale KZ Neuengamme* und die verschiedenen nationalen Vereinigungen, die von überlebenden Deportier-

ten gegründet worden sind, widmen sich der Aufrechterhaltung des Andenkens an diese Männer und allgemein an alle Opfer der in Neuengamme und in den Außenlagern dieses menschenverachtenden Lagers begangenen Verbrechen. In erster Linie tun sie dies natürlich, weil die Männer und Frauen, die in den Konzentrationslagern so sehr gelitten haben, es verdienen, dass man sich an sie erinnert und sie ehrt. Sie tun dies aber auch, weil sie ebenso sehr an die Zukunft wie an die Vergangenheit denken. Denn nur wenn wir die Vergangenheit kennen und uns ihrer bewusst sind, können wir verhindern, dass sich ähnliche Schrecken heute oder in Zukunft erneut ereignen. Das Wiederaufleben tödlicher Ideologien in vielen Teilen der Welt und das Wiedererstarken von Kräften in Europa selbst, die Freiheit und Demokratie gefährden, zeigen, dass dieser Kampf notwendiger denn je ist. Lassen Sie uns die friedlichen Kämpfer der Erinnerung sein, ohne die wir die Aussicht auf eine Welt, in der die Rechte des Menschen mehr geachtet werden, nicht eröffnen können.

Jean-Michel Gaussot ist ehemaliger Diplomat und war unter anderem in Ecuador, Togo, Chile und den Niederlanden als Botschafter tätig. Er war Generalsekretär der französischen Amicale de Neuengamme und Vizepräsident der Amicale Internationale KZ Neuengamme.

Bauen im Auftrag der *Deutschen Arbeitsfront*

Ein Werkstattbericht zum Forschungsprojekt über die Geschichte der *Neuland Wohnungsgesellschaft mbH* (1938–1945)

VON MAIK ULLMANN & ALEXANDER KRAUS



Abb. 1: Die Baracken der *Neuland* und des Stadtbaubüros am Bullenberg, circa 1940; Foto: Walter Naucke/StadtA WOB, S.8/#68631



Abb. 2: Blick in die Gärten der neu entstandenen Reihenhäuser am Birkenweg im Stadtteil Steimkerberg, circa 1940; Foto: Walter Naucke/StadtA WOB, S.8/#69166

Wer sich an einer Geschichte der *Neuland Wohnungsgesellschaft mbH* versucht (Abb. 1), sieht sich sogleich mit ernstzunehmenden Hürden konfrontiert, denn gerade für die Anfänge des Unternehmens sind nur wenige Quellen überliefert. Zugleich erscheinen die Strukturen, die sich vor Ort in der „Stadt des KdF-Wagens“, dem späteren Wolfsburg, gebildet hatten, freundlich formuliert als komplex, bisweilen als undurchdringlich. Blicken wir beispielhaft dafür auf die Umstände der Unternehmensgründung zurück:

Im Frühjahr 1938 erklärte Adolf Hitler höchstpersönlich während seiner Rede zur Grundsteinlegung des Volkswagenwerkes, die in direkter Nachbarschaft zu bauende „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ solle „eine Lehrstätte [...] der Stadtbaukunst“ werden.¹ Entsprechend werde auch der Bau der Stadt eine „Sonderstellung unter den wirtschaftlichen Unternehmungen

der DAF“ einnehmen. Als Bau-trägerin sollte die am 2. November 1938 eigens dafür gegründete *Neuland, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront* (DAF) in der Stadt des KdF-Wagens *mbH* fungieren. Die umtriebige NS-Massenorganisation betätigte sich in gleich mehreren Wirtschaftszweigen. Dazu zählten das Verlags- sowie auch das Versicherungswesen, der Freizeit- oder eben der Bausektor. Die zentrale politische Aufgabe der DAF bestand dem Historiker Rüdiger Hachtmann zufolge jedoch darin, „potentiell systemgefährdende Einstellungen zu entschärfen [...] und nationalsozialistische Werte zu verankern“.² Sie hatte sich, so zumindest berichteten es die damals zuständigen Geschäftsführer viele Jahre später, den brachliegenden Firmenmantel der Leipziger *Mitteldeutschen Wohnungsfürsorge- und Siedlungsgesellschaft* (Miwog) ange-

eignet und ihrem Baukonzern angegliedert.³ „Wir haben den Sitz nach hier verlegen lassen in die Stadt des KdF-Wagens, und auf meinen Vorschlag hin wurde die neue Gesellschaft dann ‚Neuland‘ getauft“,⁴ erinnerte sich der 1938 eingesetzte kaufmännische Geschäftsführer der *Neuland*, Christian Staab, mehr als ein Vierteljahrhundert später. Der einschlägigen Forschungsliteratur ist hingegen zu entnehmen, dass die Miwog mitnichten brachlag: Bis Ende 1938 hatte sie noch insgesamt 1.845 Wohnungen erstellt.⁵ Welche genauen Umstände hinter der dennoch erfolgten Umgründung stecken, gilt es noch herauszufinden.

Die *Neuland* als Teil des Wirtschaftsimperiums der DAF

Die Untersuchung der Personenkonstellation um die Gründer der *Neuland* macht das Unterfangen keinesfalls leichter, ist je-

doch zum Verständnis des Agierens der Wohnungsgesellschaft unumgänglich. Federführend für die benannte Umgründung war in jenen Tagen neben Staab der damalige Amtsleiter für die wirtschaftlichen Unternehmungen in der Zentralstelle für die Finanzwirtschaft der *Deutschen Arbeitsfront*, Hans Strauch, der nachfolgend Teil des Aufsichtsrates der *Neuland* wurde. Notariell festgehalten wurde das Prozedere von Gustav Bähren, dem Leiter des DAF-Rechtsamtes, der gleichzeitig im Aufsichtsrat der *Volkswagenwerk GmbH* saß, die sich in Trägerschaft der DAF befand. Eine solche Doppelfunktion war im „Dritten Reich“ nicht ungewöhnlich. Auch die sich hier schon zeigenden Seilschaften und persönlichen Verbindungen innerhalb verschiedener DAF-Unternehmen waren alltägliche Praxis.⁶ Staab war beispielsweise zugleich auch Geschäftsführer der *Allgemeinen Hausbau und*

Grundstücksgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront in der Stadt des KdF-Wagens mbH. Zuvor war er im Auftrag der DAF mit der Umstrukturierung der *Neuen Heimat* betraut gewesen. Reichsweit existierten unter dieser Bezeichnung regionale Wohnungsbauunternehmen, die die Verwaltung sowie den Bau von Wohnungseinheiten koordinierten.⁷ Lokal waren sie eng mit der DAF oder der NSDAP verzahnt. Zum Hintergrund: Um Wohnstätten schaffen zu können, die, wie es in einer 1940 publizierten umfassenden Selbstdarstellung heißt, „für jeden Deutschen eine Burg sein sollten“, expandierte die DAF ab den späten 1930er Jahren umfassend im Wohnungssektor.⁸ Im Jahr 1943 sollte sie über die *Neuland* hinaus über nicht weniger als 56 Wohnungsunternehmen verfügen.⁹

Und doch war die *Neuland* eben nicht irgendeine Wohnungsgesellschaft. Denn nicht umsonst erklärte die NS-Propaganda nur wenige Jahre nach der Stadtgründung den Stadtaufbau zu einem bahnbrechenden, für das „Dritte Reich“ grundlegenden Bauprojekt. Im Oktober 1940 hieß es in einem Publikationsorgan der DAF, der Zeitschrift *Bauen Siedeln Wohnen*, die allein über den Wohnungs- und Siedlungsbau berichtete, die

„Durchführung des Führerauftrages [wurde] von der ‚Neuland‘ [...] in Angriff genommen im vollen Bewußtsein der Notwendigkeit, ganz außerordentliche Schwierigkeiten, wie sie sonst noch bei keinem Wohnungsbauvorhaben gegeben sein konnten, überwinden zu müssen. Man war sich darüber im Klaren, daß mustergültiges nur geschaffen werden konnte, wenn man gewillt war, in vieler Hinsicht bisher übliche Anschauungen aufzugeben und manche einengenden Grenzen zu sprengen.“¹⁰

Die Herausgeber rekurrierten hier offenbar auf das im Eiltempo aus dem Boden gestampfte Wohnviertel Steimkerberg, das die *Neuland* noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges fertiggestellt hatte und sogleich reichsweit durch die DAF als Vorzeigesiedlung propagiert worden ist. Die NS-Organisation hatte es sich zum Ziel gemacht, „gesunde Wohnräume für den deutschen Arbeiter“ zu schaffen. Die Siedlung Steimkerberg sollte ebendiesem Anspruch genüge tragen (Abb. 2).¹¹ Dazu scheute die DAF weder Kosten noch Mühen. Insgesamt wandte sie zwischen den Jahren 1939 und 1940 nicht weniger als 72 Millionen Reichsmark für den Wohnungsbau in der „Stadt des KdF-Wagens“ auf.¹² Der Steimkerberg entwickelte sich dann aber rasch zu alles anderem als einem Arbeiterviertel; vielmehr wohnte hier schon bald

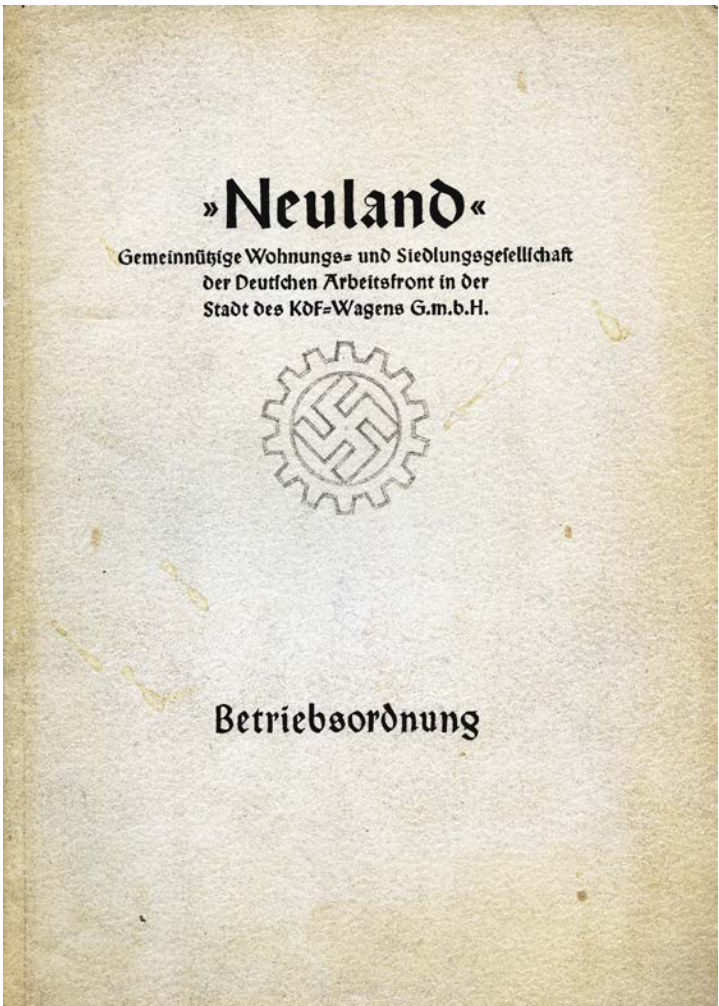


Abb. 3: Betriebsordnung der Neuland, 1943; StadtA WOB, H.1.2, Nr. 2, Bd. 2

die Haute Volée von Werk und Stadt Tür an Tür.

Dieser Rückblick in die Aufbauzeit der Stadt und die Jahre des Zweiten Weltkrieges zwischen 1939 und 1945 zeigt, dass die *Neuland* ein nicht nur lokal bedeutsames Zahnrad im Getriebe des Wirtschaftsimperiums der *Deutschen Arbeitsfront* gewesen ist. Wie aber agierte das Unternehmen innerhalb der Strukturen des DAF-Projekts „Stadt des KdF-Wagens“ und in welcher Form profitierte es vom NS-System?

Zur Erfüllung des „Führerauftrags“ bildete die Geschäftsführung der *Neuland* um Christian Staab und Titus Taeschner gemeinsam mit Peter Koller, der als Leiter des mit der Stadtgestaltung beauftragten „Stadtbaubüros der DAF“ von Albert Speer mit sämtlichen Vollmachten ausgestattet worden war, einen Machtapparat, der nahezu autonom den Stadtaufbau steuerte (Abb. 3).¹³ Dem elitären Männerbund, dessen Mitglieder allesamt ein Parteibuch der NSDAP besaßen, war es offenbar mit Hilfe von Nepotismus und Korruption gelungen,¹⁴ den „Göring-Erlass“ vom 20. Juni 1941 zu umgehen, demzufolge „Dauerbauweisen“ wie etwa Wohnungsbauten „weitestgehend durch Behelfsbauweisen zu ersetzen“ waren.¹⁵ So wurden zwischen den Jahren 1942 und 1944 noch 577 weitere Wohnungen bezugsfertig.¹⁶ Der zur Stadtgründung von der DAF anvisierte Wohnraum für 90.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde bei insgesamt 2.891 bis 1945 realisierten Wohneinheiten dessen ungeachtet bei Weitem nicht erreicht.¹⁷ Im Jahr 1945 ruhte der Wohnungsbau dann gänzlich.

Neben der *Neuland* agierte auch der Volkswagenrüstungsbetrieb als Bauherr zahlreicher Behelfsbauten und ganzer Barackenkomplexe, darunter die provisorischen Wohnunterkünfte unweit von Schloss Wolfsburg und das KZ-Außenlager auf dem Laagberg, mit dessen Errichtung die *Deut-*

sche Bau AG (Deubau) beauftragt worden war.¹⁸ Letzteres ist insofern für das Forschungsvorhaben interessant, als der Aufsichtsrat der Deubau in Teilen personell mit dem der *Neuland* identisch war. Sie zählte ebenfalls zu den Wohnungsunternehmen der DAF, war bereits 1936 als „Großbauunternehmen“ gegründet worden und unter anderem an der Errichtung des Vernichtungslagers Auschwitz II beteiligt gewesen.¹⁹

Orte der Zwangsarbeit

Doch auch die letzten Jahre des Zweiten Weltkrieges stellen die Forschung hinsichtlich der Unternehmensgeschichte der *Neuland* vor Herausforderungen. Auch hier sind allein wenige Quellen überliefert – und das, wie gleich noch zu zeigen sein wird, nicht ohne Grund. Nichtsdestotrotz lassen sich viele Themenfelder wie Wohnungsbeschaffungs- und Zugspraktiken über andere Quellenbestände erarbeiten. Anhand von Krankenkassenunterlagen der *Allgemeinen Ortskrankenkasse Gifhorn*, die in der „Stadt des KdF-Wagens“ eine Niederlassung betrieben hatte, lässt sich wiederum das Thema Zwangsarbeit erarbeiten. So kann beispielsweise über die überlieferten Karteikarten die Beschäftigung von Zwangsarbeiterinnen, mehrheitlich „Ostarbeiterinnen“, nachgewiesen werden, die meist als „Manglerinnen“ und „Wäscherinnen“ in den betriebs-eigenen Wäschereien Zwangsarbeit leisten mussten (Abb. 4).²⁰ Die Durchsicht der Karteikarten brachte zudem ans Licht, dass die *Neuland* Zwangsarbeiterinnen auch als Küchenhilfe – wohl in der Betriebskantine – sowie als Haushaltshilfen einsetzte. Ob auch für den Bau der Wohnungen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter für die *Neuland* im Einsatz gewesen waren, lässt sich derzeit noch nicht mit Gewissheit sagen, ist jedoch nicht unwahrscheinlich. Schließlich zählte die „gesamte ‚Fremdarbeiterbetreuung‘ im ‚Altreich‘“ sowie die Lagerver-

Su- und Vorname des Versicherten <i>Marie Petrowskaja</i>										Geboren am <i>8.3.18</i>		zu <i>6.1.24</i>		Wohnung <i>Wolfsburg</i>		In Mitglied der Arbeitsfront		und daher für die Arbeitsfront		Mitglied Nr. <i>1015</i>		Karten-Nr. <i>1015</i>		ledig – verheiratet – verwitwet		Kinder unter 14 Jahren		Ausgetreten bezgl. wegen Minderleistung der Arbeitsfront wieder beitragsfähig	
Arbeitsgeber oder Beauftragter <i>Neuland</i>										Beschäftigungsart <i>Wäscherin</i>		Einstieg <i>1.10.43</i>		Abgang <i>1.10.45</i>		Entgelt (RM) <i>3,50</i>		Lohnstufe <i>1</i>		Beitrag <i>1,50</i>		Nachuntersuchungen und demerenzwert Ergebnisse der Krankheitskontrolle		Bemerkungen					
<i>Deutsche Bau-AG</i>										<i>Arbeiterin</i>		<i>1.10.43</i>		<i>1.10.45</i>		<i>3,50</i>		<i>1</i>		<i>1,50</i>									

Abb. 4: Karteikarte der AOK Gifhorn für die Ostarbeiterin Marie Petrowskaja; nach dem Krieg wiederverwendet; StadtA WOB, F 1019

waltung ab 1942 zum Aufgaben- gebiet der DAF. Die Beschaffung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern dürfte für die *Neuland* kein unüberwindbares Hindernis dargestellt haben.²¹

Das Unternehmen bei Kriegsende

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges wurde das Unternehmen gewissermaßen aus der Ferne geführt. Denn beide Geschäftsführer gingen seinerzeit bereits anderen Aufgaben nach: Während Christian Staab ab dem 1. Januar 1944 im österreichischen Linz die Geschichte eines regionalen Ablegers der *Neuen Heimat* leitete,²² war Titus Taeschner ab dem 1. Februar 1944 für das Volkswagenwerk tätig. Nach eigener Aussage koordinierte er dort die Verlagerung von „Teilen des Werks nach Eschershausen“,²³ wo in unterirdischen Stollenanlagen die Rüstungsproduktion am Laufen gehalten werden sollte.²⁴ Noch kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges, im April 1945, hatten die beiden Geschäftsführer veranlasst, einen Großteil der Geschäftsakten der *Neuland* – darunter auch die Korrespondenz mit der DAF – zu verbrennen.²⁵ Was dabei vertuscht werden sollte, ist unklar, doch war diese Praxis während der letzten Kriegswochen durchaus gängig und ist auf einen Befehl des „Reichsführers SS“, Heinrich Himmler, zurückzuführen. Reichsweit sollten im großen Stil kompromittierende Unterlagen vernichtet werden.²⁶ Wie der *Verband Nordwestdeutsche Wohnungsunternehmen* im April 1946 während einer gesetzlichen Unternehmensprüfung feststellte, verschwanden in der gleichen Zeit ebenfalls die Personalakten von Staab und Taeschner.²⁷ Beide wurden Anfang Mai 1945 durch die lokalen Militärbehörden der Alliierten ihrer Posten enthoben.²⁸ Nach dem Erlass des „Kontrollratsgesetzes Nr. 2“ zur Auflösung und Liquidierung der Naziorganisationen vom 10. Oktober 1945 wurde sämtliches Eigentum der DAF beschlagnahmt und unter treuhänderische Aufsicht gestellt. So auch die *Neuland*, was nicht nur das weitere Agieren der Wohnungsgesellschaft stark einschränkte, sondern auch die nächste Etappe der Unternehmensgeschichte zu einem unüber-

sichtlichen Terrain werden lässt. Doch dazu ein anderes Mal mehr.

Dr. Maik Ullmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IZS und

leitet aktuell das Projekt zur Aufarbeitung der Geschichte der Neuland Wohnungsgesellschaft mbH; Dr. Alexander ist Stadthistoriker am IZS.

1 StadtA WOB, H.1.8, Nr. 3, Wortprotokoll der Übertragung der Grundsteinlegung des Volkswagenwerkes bei Fallersleben am 26. Mai 1938, erstellt von Rolf Linnemann im März 1987.
2 Rüdiger Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945. Göttingen 2012, S. 14.
3 StadtA WOB, H.1.2, Nr. 2, Bd. 2, Bericht über die Revision der Neuland Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront in der Stadt des KdF-Wagens vom 2. bis 4. Oktober 1939, darin: Abschrift der Übertragung sämtlicher Anteile der Mitteldeutschen Wohnungsfürsorge- und Siedlungsgesellschaft an die Deutsche Arbeitsfront vom 2. November 1938.
4 StadtA WOB, S.1, Nr. 3, Interview mit Christian Staab vom 14. Dezember 1970, S. 3.
5 Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945 (wie Anm. 2), S. 649 und 438.
6 Ebd., S. 86.
7 Hier und im Folgenden ebd., S. 437f.
8 Otto Marrenbach unter Mitwirkung der Amtsleiter des Zentralbüros der DAF (Hg.), Fundamente des Sieges. Die Gesamtarbeit der Deutschen Arbeitsfront von 1933 bis 1940. Berlin 1940, S. 377.
9 Ebd., S. 453.
10 „Zum Geleit“, in: Bauen Siedeln Wohnen, Jg. 20 (16. Oktober 1940), H. 20.
11 Otto Marrenbach unter Mitwirkung der Amtsleiter des Zentralbüros der DAF (Hg.), Fundamente des Sieges. Die Gesamtarbeit der Deutschen Arbeitsfront von 1933 bis 1940. Berlin 1940, S. 377.
12 Ebd., S. 386.
13 Marcel Glaser, Peter Koller (1907–1996). Stadtplaner in Diktatur und Demokratie. Eine Biographie. Göttingen 2022, S. 165.
14 Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit. Frankfurt am Main 2001, S. 148.
15 StadtA WOB, A.2.2, Nr. 370, Abschrift Der GB-Bau, Betr: Geltungsbereich der Richtlinien für behelfsmäßige Kriegsbauweise vom 22. August 1941.
16 Unternehmensarchiv Neuland, Statistik über die Jahre 1939–1963 (unverzeichnet).
17 Ebd.; Otto Marrenbach unter Mitwirkung der Amtsleiter des Zentralbüros der DAF (Hg.), Fundamente des Sieges. Die Gesamtarbeit der Deutschen Arbeitsfront von 1933 bis 1940. Berlin 1940, S. 385.
18 StadtA WOB, A.2.2, Nr. 315, Schreiben des Stadtbaubüros an die Werksleitung der Volkswagenwerk GmbH vom 19. August 1940; ebd., Schreiben des Stadtbaubüros an den Bürgermeister der Stadt vom 12. Oktober

1939; Marcel Glaser, „Brutalität war an der Tagesordnung.“ Das KZ-Außenlager Laagberg in der „Stadt des KdF-Wagens“ 1944/45“, in: Alexander Kraus/Aleksandar Nedelkovski/Anita Placenti-Grau (Hg.), Ein Gedenk- und Lernort entsteht. Die Gedenkstätte KZ-Außenlager Laagberg in Wolfsburg. Frankfurt am Main/New York 2018, S. 95–115, hier S. 96.
19 StadtA WOB, H.1.2, Nr. 2, Bd. 2, Bericht über die Revision der Neuland Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft der Deutschen Arbeitsfront in der Stadt des KdF-Wagens vom 2. bis 4. Oktober 1939, darin: Abschrift der Übertragung sämtlicher Anteile der Mitteldeutschen Wohnungsfürsorge- und Siedlungsgesellschaft an die Deutsche Arbeitsfront vom 2. November 1938; Geschäftsbericht der Deutschen Bau Aktiengesellschaft Berlin von 1937, online abrufbar unter <https://pm20.zbw.eu/folder/co/042093> [8.4.2024]; Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945 (wie Anm. 2), S. 434–437; ebd., S. 462; Otto Marrenbach unter Mitwirkung der Amtsleiter des Zentralbüros der DAF (Hg.), Fundamente des Sieges. Die Gesamtarbeit der Deutschen Arbeitsfront von 1933 bis 1940. Berlin 1940, S. 380.
20 StadtA WOB, F 1015–1025, Krankenkassenunterlagen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Gifhorn.
21 Hachtmann, Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront 1933–1945 (wie Anm. 2), S. 461.
22 StadtA WOB, S.1, Nr. 3, Interview mit Christian Staab vom 14. Dezember 1970, S. 15f.
23 StadtA WOB, S.1, Nr. 3, Interview mit Titus Taeschner vom 3. November 1970, S. 17.
24 Siehe dazu Hans Mommsen/Manfred Gieger, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996, S. 830–858.
25 StadtA WOB, H.1.2, Nr. 2, Bd. 2, Bericht über die Revision der Neuland, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H., Wolfsburg für das Geschäftsjahr 1944 zwischen Mai und Oktober 1945, S. 5.
26 Albrecht Ritschl (Hg.), Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenkomplex. Berlin/Boston 2016, S. 73–75.
27 StadtA WOB, H.1.2, Nr. 2, Bd. 2, Bericht über die Revision der Neuland, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H., Wolfsburg für das Geschäftsjahr 1944 zwischen Mai und Oktober 1945, ohne Seitenzahl.
28 StadtA WOB, H.1.2, Nr. 2, Bd. 2, Bericht über die Prüfung der Neuland, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H., Wolfsburg für das Geschäftsjahr 1945 von April/Mai 1946, S. 3.

Auch eine Form nationalsozialistischer Vernichtungspolitik

Der Umgang mit den „rassisch unerwünschten“ Kindern osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen

MARCEL BRÜNTRUP IM GESPRÄCH MIT ALEXANDER KRAUS



Gedenkstein an der Gedenkstätte für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an der Werderstraße, 2018; Foto: Joachim „Ali“ Altschaffel/StadtA WOB, 5.8./#79265

Alexander Kraus: Du hast Dich bereits in Deiner Masterarbeit mit dem sogenannten „Ausländerkinderpflegeheim“ des Volkswagenwerks auseinandergesetzt und anhand des hiesigen Beispiels aufgezeigt, wie eng die nationalsozialistische Rassenideologie mit der im Kriegsverlauf immer wichtiger werdenden Kriegswirtschaft verbunden war. Das Massensterben der „fremdvölkischen“ Neugeborenen und Kleinkinder durch bewusste Vernachlässigung war Teil der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten, für die einzig die möglichst umfassende Ausbeutung der Arbeitskraft der Zwangsarbeiterinnen zählte.¹ Mit Deiner nun erschienenen Dissertation hast Du das Thema noch einmal aufgegriffen und eine beeindruckende Überblicksdarstellung vorgelegt, in der Du „die Praxis der rassistischen Selektion, der Zwangsabtreibungen sowie die Isolierung ‚rassisch unerwünschter‘ Kinder in primitiven ‚Ausländerkinder-Pflegestätten‘ als zentrale Bestandteile der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik im Spannungsfeld zwischen Kriegswirtschaft und NS-Rassenideologie“ untersuchst.²

Das Frappierende an Deiner Arbeit: Je länger man sich in die Lektüre vertieft, desto bewusster wird einem, dass diese Praxis tatsächlich reichsweit betrieben wurde – ob in Alfter, Augsburg, Braunschweig, Brunshausen, Cluvenhagen, Dietzhausen, Dittersdorf, Essen, Friedrichstadt, Gan-

tenwald, Godshorn, Göttingen, Hannover, ... Velpke, Voerde, Wiesbaden oder Wuppertal. „Nahzu jeder Betrieb“, heißt es in Deiner Studie, „der Zwangsarbeiterinnen beschäftigte, musste sich im Laufe des Krieges mit der Frage der Unterbringung ausländischer Kinder auseinandersetzen.“³ Hast Du zu Beginn Deiner Recherche mit diesem Ausmaß gerechnet und wie bist Du dieser Vielfalt an Fällen Herr geworden?

Marcel Brüntrup: Mir war zu Beginn meiner Forschung zwar bewusst, dass derartige Einrichtungen vielerorts existierten, doch das enorme Ausmaß und die institutionellen Verflechtungen waren mir nicht in diesem Maße klar. Erst im Verlauf meiner Untersuchung wurde deutlich, wie eng lokale Behörden, Wirtschaft und NS-Organisationen zusammenwirkten, um die rassenideologisch motivierte Aussonderung dieser Kinder im gesamten Reichsgebiet voranzutreiben. Um diese Strukturen zu erfassen, ohne sich in einer Vielzahl von Einzelfällen zu verlieren, war eine systematische Herangehensweise nötig, die schrittweise verschiedene Ebenen in den Blick nimmt.

Im ersten Teil meiner Arbeit analysiere ich daher zunächst die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse, die zur Einrichtung der sogenannten „Ausländerkinder-Pflegestätten“ und zur systematischen Durchführung von Zwangsabtreibungen führten. Anschließend widme

ich mich den konkreten Orten, an denen Zwangsarbeiterinnen entbinden mussten, Abtreibungen vorgenommen wurden und ihre Kinder untergebracht waren. Dazu zählen die Durchgangs- und Krankensammellager der Arbeitsverwaltung, Universitätskliniken und Hebammenlehranstalten, Zwangsarbeiterinnenlager der Industrie sowie Entbindungs- und Säuglingsheime im ländlichen Raum. Mit zahlreichen Beispielen versuche ich zu veranschaulichen, auf welche Weise die lokalen Behörden dem „Problem“ der unerwünschten Kinder begegneten – meist mit improvisierten, regional variierenden Maßnahmen, jedoch mit einem weitgehend ähnlichen Ergebnis: der zwangsweisen Trennung der Kinder von ihren Müttern und ihre Unterbringung unter desolaten Bedingungen. Um schließlich aufzuzeigen, welche konkreten Auswirkungen dieses Vorgehen für die betroffenen Frauen und Kinder hatte, konzentriere ich mich im dritten Teil auf die Lebensrealitäten der Zwangsarbeiterinnen – auf ihre stark eingeschränkten Handlungsspielräume, ihre Versuche, sich selbst und ihre Kinder unter repressiven Bedingungen zu schützen, und auf die hohe Zahl an Kindern, die in den „Ausländerkinder-Pflegestätten“ aufgrund systematischer Vernachlässigung starben.

Alexander Kraus: Schon früh zeigst Du in Deinem Buch auf, wie sehr die Frage nach dem Wohin

mit den Kindern der Zwangsarbeiterinnen für die Nationalsozialisten eine ideologische Herausforderung ersten Grades war, bei der es immer wieder darum ging, die „erbbiologischen“ Auswirkungen auf den Blutstrom des deutschen Volkes, wie es in der Propagandaparole Nr. 36 des Reichspropagandaministeriums vom 26. Juni 1942 hieß,⁴ zu verhindern oder wenigstens zu mindern. Kannst Du die unterschiedlichen Ebenen jener vermeintlichen Gefahren kurz wiedergeben?

Marcel Brüntrup: Diese Frage entwickelte sich für die Nationalsozialisten tatsächlich schnell zu einem ideologischen Dilemma. Führende Rassenideologen, allen voran Heinrich Himmler, sahen im massenhaften Einsatz ausländischer Zwangsarbeitskräfte im Reichsgebiet von Anfang an eine Gefahr für die bevölkerungspolitischen Pläne des Regimes. Zunächst stand die rassisch-biologistische Angst vor einer „Blutvermischung“ im Vordergrund, also vor sexuellen Beziehungen zwischen ausländischen Arbeitskräften und Deutschen. Kinder aus solchen verbotenen Kontakten galten als Bedrohung für die angestrebte rassische Homogenität der deutschen „Volksgemeinschaft“.

Aber auch Kinder, die aus Beziehungen zwischen ausländischen Arbeitskräften untereinander hervorgingen, waren aus Sicht der Nationalsozialisten hochgradig unerwünscht. Eine zentrale Sorge war, dass solche als „fremdvölkisch“

bezeichneten Familien im Reich „sesshaft“ werden könnten und so zur befürchteten „Unterwanderung“ des deutschen Volkes beitragen würden. Das galt insbesondere für Polinnen und die sogenannten „Ostarbeiterinnen“ aus den besetzten sowjetischen Gebieten, die in der nationalsozialistischen Rassenhierarchie weit unten standen. Zudem verbreitete die NS-Propaganda immer wieder die Behauptung, die hohe Geburtenrate dieser Bevölkerungsgruppen sei Teil einer gezielten Strategie, das deutsche Volk demografisch zu schwächen; eine Waffe im von den Nazis herbeifantasierten „Volkstumskampf“.

Dabei war es letztlich die eigene Politik, die dieses Problem überhaupt erst hervorgebracht hatte: Durch den massenhaften Einsatz von Zwangsarbeiterinnen, deren Arbeitskraft man im selbst entfesselten Krieg nicht mehr entbehren wollte, schufen die Nationalsozialisten genau jene Situation, die sie dann als Bedrohung für den „Blutstrom“ des deutschen Volkes inszenierten.

Alexander Kraus: Eine Folge dieses Denkens zeigt sich im Umgang der Nationalsozialisten mit den Kindern der Zwangsarbeiterinnen, denn auch sie wurden getreu der geltenden rassistischen Hierarchisierung behandelt. Welche Praktiken der Selektion gab es und wer war konkret für die Unterscheidung in „erwünschte“ und „unerwünschte“ Kinder zuständig? Du schreibst

Nr. 282

C

Stadt des KdF-Wagens, den 14. Juni 1944

Die Olga Tabatschkowa

evangelisch

wohnhaft in Stadt des KdF-Wagens im Ausländerkindpflegheim

ist am 13. Juni 1944 um 16 Uhr 30 Minuten

in Stadt des KdF-Wagens in diesem Heim verstorben.

Die Verstorbene war geboren am 21. April 1944

in Langwedel Kreis Lüneburg

(Standesamt Esenhausen-Hankensbüttel, Kreis Lüneburg Nr. 25/1944).

Vater:

Mutter: Maria Tabatschkowa, wohnhaft in Langwedel

Die Verstorbene war nicht verheiratet

Eingetragen auf mündliche schriftliche Anzeige der Verwaltung des Krankenhauses

Die Anzeigende

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

Der Standesbeamte

Todesursache: Lebensschwäche

Eheschließung der Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.)

Auszug aus dem Sterberegister der „Stadt des KdF-Wagens“; StadtA WOB, D.1, Nr. 20

von einem wahren „Zuständigkeitschaos“ der verantwortlichen Institutionen.⁵ **Marcel Brüntrup:** Genau, die Behandlung der Kinder ausländischer Zwangsarbeiterinnen folgte ganz der rassistischen Logik des NS-Regimes. Man unterschied zwischen „erwünschten“ und „unerwünschten“ Kindern, je nachdem, ob sie aus Sicht der Nationalsozialisten als „rassisch wertvoll“ galten oder nicht. Vermeintlich „guttrassige“ Kinder sollten in Heimen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt untergebracht werden, alle anderen galten als unerwünscht und wurden in den „Ausländerkinder-Pflegestätten“ isoliert. Über diese Einordnung entschied ein aufwendiges Verfahren zur „rassischen Überprüfung“ der Eltern. Arbeitgeber und Arbeitsämter meldeten schwangere Zwangsarbeiterinnen dem Jugendamt, das versuchte, die Vaterschaft zu klären. Wenn ein deutscher oder – wie es im NS-Jargon hieß – „stammesgleicher“ Vater vermutet wurde, kam das Kind grundsätzlich für eine sogenannte

„Eindeutschung“ in Betracht. In diesen Fällen prüften eigens geschulte Gutachter aus dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS beide Elternteile und entschieden, ob das Kind als „eindeutschungsfähig“ galt. Ebenso beurteilten sie, ob ein beantragter Schwangerschaftsabbruch erfolgen durfte. Denn während solche Eingriffe bei deutschen Frauen unter strenger Strafe standen, waren sie bei Polinnen und „Ostarbeiterinnen“ erlaubt und sogar erwünscht, sofern das erwartete Kind als „schlecht-rassig“ galt. Die selbsternannten „Rasseexperten“ gaben sich dabei bewusst den Anschein medizinischer Objektivität: Sie traten bei den Untersuchungen in den Gesundheitsämtern im weißen Kittel auf, während sie anhand willkürlicher, rassistisch motivierter Kriterien über den vermeintlichen Wert ungeborener Kinder entschieden – mit weitreichenden Konsequenzen für deren weiteres Leben beziehungsweise Überleben. Dieses formalisierte Vorgehen wurde jedoch nicht überall gleichermaßen umgesetzt. Wie Du schon angesprochen hast, spielte

sich das Ganze in einem unübersichtlichen Netz überlappender Zuständigkeiten ab: Arbeitgeber, Jugendämter, Gesundheitsämter, Arbeitsverwaltungen, SS-Stellen und diverse NS-Organisationen waren beteiligt, oft mit unterschiedlichen Interessen und ideologischen Schwerpunktsetzungen. Die enorme Zahl der Zwangsarbeiterinnen und das organisatorische Chaos des Krieges erschwerten vielerorts eine reibungslose Umsetzung dieser Pläne. Und dennoch: Die beteiligten Instanzen hielten bis in die letzten Kriegswochen daran fest, die Kinder nach rassistischen Kriterien zu selektieren. **Alexander Kraus:** Tatsächlich ist Dir, wie ich finde, ein auch didaktisch sehr beeindruckendes Buch gelungen. So nähерst Du Dich dieser schwierigen Problematik aus den unterschiedlichsten Perspektiven, rekonstruierst eben nicht alleine die kruden Rechtsbestimmungen in den unterschiedlichen Etappen, zeigtst dabei beispielsweise, dass Heinrich Himmler Ende 1942 noch die Suche nach einer

möglichst „hochtrabenden Bezeichnung“ für die Sammelstätten „fremdvölkischer Kinder“ anregte,⁶ um deren eigentliche Funktion zu kaschieren, sondern fragst auch nach den jeweils beteiligten Institutionen, Akteuren und eben auch Akteurinnen. Letzteres fand ich besonders erstaunlich. So schreibst Du: „Von der Gesundheitspflegerin über die Sachbearbeiterin im Landesjugendamt bis zur zuständigen Referentin im Deutschen Gemeindetag problematisierten deutsche Frauen bis in die mittlere Verwaltungsebene die Behandlung ausländischer Kinder sowie ihrer Mütter und forderten Lösungen im Einklang mit den rassen-, bevölkerungs- und gesundheitspolitischen Zielen des Regimes.“⁷ Sind diese Akteurinnen auch als Schreibtischtäterinnen zu lesen? Und verändert sich vor diesem Wissen unser Bild der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik? **Marcel Brüntrup:** Ja, ich denke, viele dieser Akteurinnen lassen sich durchaus als Schreibtischtäterinnen begreifen, wenn auch eher im weiteren Sinn. Was mich bei der Recherche besonders überrascht hat, war wie stark Frauen in sozialen und fürsorgischen Berufen in die Umsetzung der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik eingebunden waren. Dabei handelten sie nicht nur als ausführende Organe, sondern gestalteten diese Politik aktiv mit. Sie problematisierten schon früh die Behandlung ausländischer Kinder und ihrer Mütter, formulierten eigene Vorschläge, meldeten Bedarf an neuen Regelungen an und forderten Lösungen entlang der bevölkerungspolitischen Zielsetzungen des Regimes. Diese Frauen nutzten ihre Positionen, um gezielt Einfluss zu nehmen und trugen so dazu bei, dass rassistisch motivierte Fürsorgestrukturen im Sinne einer „differenzierten Fürsorge“ überhaupt erst institutionell verankert werden konnten. Die herrschaftsstabilisierende Funktion von Frauen bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Ideologie ist in der neueren Forschung zunehmend thematisiert worden, wie etwa in Studien zur Rolle von Fürsorgerinnen, Hebammen oder der NS-Frauensschaft. Dabei wird sichtbar, wie sich individuelle Handlungsspielräume, berufliche Ambitionen und ideologische Überzeugungen gerade in scheinbar alltäglichen Verwaltungskontexten miteinander verschränkten. In der Folge erweitert sich auch unser Blick auf die nationalsozialistische Vernichtungspolitik: Er richtet sich nicht mehr nur auf die zentralen Täterfiguren oder die sichtbaren Orte der Gewalt, sondern zunehmend auch auf bürokratische Prozesse, in denen Ausgrenzung, Selektion und Vernachlässigung organisiert und legitimiert wurden. Und das oft unter aktiver Mitwirkung von Akteurinnen, die lange nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit standen. **Alexander Kraus:** In verschiedenen Kapiteln klingt auch an, dass die schwangeren osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen als medizinisches „Untersuchungsgut“ und

als „Versuchsobjekte“ genutzt wurden, dies auch, da es einen grundlegenden Bedarf an „Untersuchungsmaterial“ gegeben habe. Wie erklärst Du Dir diese Formen des Menschenexperiments im Kontext der forcierten Schwangerschaftsabbrüche? Waren die praktizierenden Mediziner und deren Auszubildende Brüder im Geiste Mengeles? **Marcel Brüntrup:** Hier lassen sich verschiedene Ebenen medizinischer Gewalt unterscheiden. Ein erster Bereich betrifft den Einsatz schwangerer Zwangsarbeiterinnen als „Untersuchungsmaterial“ in Hebammenlehranstalten. Während dort traditionell sozial benachteiligte deutsche Frauen als sogenannte „Hausschwangere“ genutzt wurden, traten im Krieg zunehmend schwangere Polinnen und „Ostarbeiterinnen“ an ihre Stelle. Zwar war die medizinische Versorgung in diesen Einrichtungen besser als in den Lagerrevieren, doch mussten die Schwangeren dort wiederholt erniedrigende gynäkologische Untersuchungen über sich ergehen lassen. Sie dienten als Anschauungsmaterial für angehende Hebammen, damit diese sich später angemessen um deutsche Frauen und Kinder kümmern konnten. Ein zweiter Bereich betrifft die forcierten Schwangerschaftsabbrüche, mit denen die Geburt „unerwünschter“ Kinder möglichst unterbunden werden sollte. In der Praxis fanden diese Eingriffe häufig unter prekären Bedingungen statt – etwa in den Durchgangs- und Krankensammellagern – und wurden oft von medizinischem Personal durchgeführt, dem es an der notwendigen Erfahrung, insbesondere bei Spätabbrüchen, mangelte. Von diversen Stellen unter Druck gesetzt, möglichst viele Abbrüche durchzuführen, experimentierten sie mit verschiedenen, teils risikoreichen Methoden. Natürlich gab es auch Mediziner, die sich solchen Praktiken verweigerten. Aber es gab eben auch diejenigen, die die Zwangslage der Frauen skrupellos ausnutzten und medizinisch nicht indizierte, teils äußerst schmerzhaft Eingriffe vornahmen, um ihre eigene Forschung voranzutreiben. Und gerade dort, wo die medizinische Behandlung offen in Menschenversuche überging, halte ich es durchaus für angemessen, von „Brüdern im Geiste Mengeles“ zu sprechen. Auch wenn diese Ärzte nicht in Konzentrationslagern tätig waren, teilten sie doch dieselbe entmenslichende Grundhaltung: Sie betrachteten die Körper der Zwangsarbeiterinnen als frei verfügbares Material für ihre eigenen Zwecke. **Alexander Kraus:** In Deinem umfangreichsten Kapitel lenkst Du den Blick ganz auf „Das Leben der Zwangsarbeiterinnen und ihrer Kinder“, was ich auch als kleine Reminiszenz an die epochemachende Studie unseres einstigen Stadtarchivars Klaus-Jörg Siegfried *Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk* gelesen habe,⁸ die Du gewissermaßen fort-



Einweihung der Gedenktafel in Rühren, initiiert durch den VVN/BdA Wolfsburg und die IG Metall, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der 6. Klasse der Realschule Rühren und Juri Vasunets, 9. Mai 2014; Foto: Günter Poley/StadtA WOB, S.8/#21920

geschrieben und weitergedacht hast. Dabei zeigst Du einerseits, dass die reichsweiten Vorgaben jeweils lokalen Dynamiken unterlagen, sowie andererseits, welche Handlungsspielräume den betroffenen Frauen mitunter gegeben waren. Letztere waren jedoch oftmals limitiert, zudem nicht selten riskant bis lebensgefährlich. Ging es Dir dabei auch darum, aufzuzeigen, dass diese Frauen trotz ihrer Zwangslage eine Form von Agency hatten? Und kannst Du das anhand von zwei Beispielen exemplifizieren?

Marcel Brüntrup: Genau das war mir in diesem Kapitel wichtig. Es ging mir darum, die Perspektive der betroffenen Frauen stärker in den Vordergrund zu rücken; nicht nur als Opfer, sondern auch als Handelnde innerhalb eines repressiven Systems. Natürlich waren ihre Handlungsspielräume sehr begrenzt und oft mit enormem Risiko verbunden. Aber es gab eben auch Momente, in denen Zwangsarbeiterinnen ihre Situation und die ihrer Kinder aktiv beeinflussen konnten.

Besonders beeindruckt hat mich die Geschichte der Ukrainerin Anastasia Piperesna. Sie war mit 25 Jahren zur Zwangsarbeit nach Sülplingen bei Helmstedt verschleppt worden und brachte Anfang 1944 ihre Tochter Valentina in einem Entbindungsheim für „Ostarbeiterinnen“ zur Welt. Nachdem der zuständige Ortsgruppenleiter verfügt hatte, dass Valentina in eine „Ausländerkinder-Pflegestätte“ nach Velpke gebracht werden müsse, setzte sich Piperesna zur Wehr: Sie reiste mit Einwilligung ihres Arbeitgebers persönlich zur NSDAP-Kreisleitung in Helmstedt, um die Rückga-

be ihrer Tochter zu verlangen – ein beeindruckend mutiger Schritt. Als ihre Forderung erwartungsgemäß abgelehnt wurde, holte sie Valentina eines Nachts heimlich aus dem Kinderheim zurück. Zwar wurde sie wenige Wochen später von der Gestapo zur Strafe in ein Arbeitserziehungslager eingewiesen und das Kind zurück ins Heim gebracht. Die zwischenzeitliche Versorgung durch ihre Mutter hatte Valentina aber wahrscheinlich das Leben gerettet – in diesem Zeitraum waren in Velpke 22 Säuglinge gestorben. Sowohl die junge Mutter als auch ihre Tochter überlebten glücklicherweise den Krieg.

Viele weitere Fälle zeigen, wie Eltern ihre Kinder heimlich aus den Heimen befreiten, sich in diesen Einrichtungen als Helferinnen bewarben, um bei ihren Kindern zu sein, nicht zu angeordneten Untersuchungen erschienen oder dort gezielt falsche Angaben machten, um sich und ihre Kinder zu schützen. Solche Beispiele verdeutlichen, dass es trotz massiver Einschränkungen vereinzelt Handlungsspielräume gab. Diese Momente von Agency stellen keine Widerstandserzählung im klassischen Sinn dar, aber sie weisen auf individuelle Strategien im Umgang mit einem lebensfeindlichen System und erweitern so auch unseren Blick auf das Verhältnis von Zwang, Fürsorge und Selbstbehauptung im Kontext der nationalsozialistischen Gewaltpolitik.

Alexander Kraus: Dein Buch besticht auch durch eine unglaubliche Vielzahl an Quellen, die Du ausgewertet hast. Nur selten finden sich jedoch Stimmen wie die von Maria

H., die im Sommer 1944 ein Tagebuch geführt hat und darin auch über die ihr zugewiesene Aushilfsarbeit in einem „Fremdvölkischen Kinderheim“ im Schloss Etselsdorf im Gau Oberdonau schreibt: „Ich sehe schon lauter tote Kinder vor mir. Mein Gemüt ist ein trauriger Trümmerhaufen.“⁹ Wie erklärst Du Dir die wenigen Stimmen, die ein noch existierendes Unrechtsgefühl, Menschlichkeit, Mitgefühl und Schmerz zum Ausdruck bringen, denen das, was sie erlebten, naheging?

Marcel Brüntrup: Solche persönlichen Einblicke sind selten dokumentiert und gerade deshalb von besonderem Wert. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zunächst liegt es an der schwierigen Quellenlage und daran, dass viele persönliche Aufzeichnungen bislang nicht erschlossen wurden.

Davon abgesehen standen viele der eingesetzten Helferinnen unter erheblichem Druck, sich gegenüber dem Regime loyal zu verhalten. In einem System, das auf Kontrolle und Abwertung beruhte, galt Mitgefühl mit den als „fremdvölkisch“ markierten Kindern schnell als verdächtig. Zudem wurde der Kontakt zwischen der deutschen Bevölkerung und den Kindern bewusst minimiert, um solche emotionalen Dissonanzen gar nicht erst entstehen zu lassen. In den meisten „Ausländerkinder-Pflegestätten“ setzten die Behörden ausschließlich polnische, russische oder ukrainische Zwangsarbeiterinnen als Pflegepersonal ein. Das diente nicht nur der Ressourcenschonung zugunsten deutscher Kinder, sondern sollte auch emotionale Nähe zwischen deutschen Beschäftigten und ausländischen Kindern gezielt

verhindern. Dass man sich der unhaltbaren Zustände durchaus bewusst war, zeigt etwa ein Schreiben aus dem Propagandaministerium. Dort wurde empfohlen, keine Mitglieder der NS-Frauenschaft als Leiterinnen dieser primitiven Einrichtungen einzusetzen, denn man wolle ihnen keine „unliebsamen Aufgaben“ zumuten. Auf diese Weise konnte später behauptet werden, die mangelhafte Versorgung sei allein den ausländischen Pflegerinnen anzulasten.

Auch wenn Stimmen wie die von Maria H. selten sind, finden sich zwischen den Zeilen mancher Quellen Spuren von Mitgefühl. Landwirte, die trotz Verbots die Kinder ihrer Arbeiterinnen bei sich aufnahmen, Anwohnerinnen, die sich über Missstände beschwerten, oder Lagerverantwortliche, die Kinder bei ihren Müttern in den Baracken beließen. Solche Ausnahmen zeigen, dass selbst in einem System systematischer Entmenschlichung begrenzte Handlungsspielräume bestanden, auch wenn sie selten genutzt und häufig sanktioniert wurden.

Marcel Brüntrup, geb. 1987, studierte Geschichte und Philosophie an der Universität Münster und promovierte dort im Jahr 2023 in Neuerer und Neuester Geschichte. Seine Dissertation „Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäischer Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus“ erschien 2024 im Wallstein-Verlag. Von 2022 bis 2024 absolvierte er ein wissenschaftliches Volontariat in der Kommission Alltagskulturforschung für Westfalen des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe und war dort für das Pro-

jekt „Bäuerlich-ländliche Familienfotoalben aus dem 20. Jahrhundert als Quelle der Fotografiegeschichte“ verantwortlich.



Buchcover

- 1 Marcel Brüntrup, Verbrechen und Erinnerung. Das „Ausländerkinderpflegheim“ des Volkswagenwerks. Göttingen 2019.
- 2 Ders., Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik. Die Kinder osteuropäische Zwangsarbeiterinnen und die Praxis der Zwangsabtreibungen im Nationalsozialismus. Göttingen 2024, S. 21.
- 3 Ebd., S. 220.
- 4 BArch, NS 18/1137, Propagandapapier Nr. 36 des Reichspropagandaministeriums betr. „Erbbiologische Auswirkungen des Einsatzes fremdvölkischer Arbeiter im Reichsgebiet“, 26. Juni 1942, zitiert nach ebd., S. 43.
- 5 Brüntrup, Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik (wie Anm. 2), S. 300.
- 6 Ebd., S. 87.
- 7 Ebd., S. 89.
- 8 Klaus-Jörg Siegfried, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk, 1939–1945. Frankfurt am Main 1988.
- 9 Zitiert nach Brüntrup, Zwischen Arbeitseinsatz und Rassenpolitik (wie Anm. 2), S. 358.

Die Tullio-Cianetti-Halle

Fotografien des zentralen Ortes der nationalsozialistischen Propaganda in der „Stadt des KdF-Wagens“

VON SOPHIE DÜVEL



Abb. 1: Die Tullio-Cianetti-Halle, sehr wahrscheinlich während der ersten Veranstaltung eben da im September 1938, noch vor der offiziellen Eröffnung; Postkarte/StadtA WOB, S.8/#291048



Abb. 2: Die Tullio-Cianetti-Halle kurz nach ihrer Einweihung, Herbst 1938; Foto: Fritz Heidrich/StadtA WOB, S.8/#65138Eröffnung; Postkarte/StadtA WOB, S.8/#291048



Abb. 3: Innenansicht der Tullio-Cianetti-Halle, wahrscheinlich am 15. Oktober 1938; Foto: Fritz Heidrich/StadtA WOB, S.8/#64980Eröffnung; Postkarte/StadtA WOB, S.8/#291048

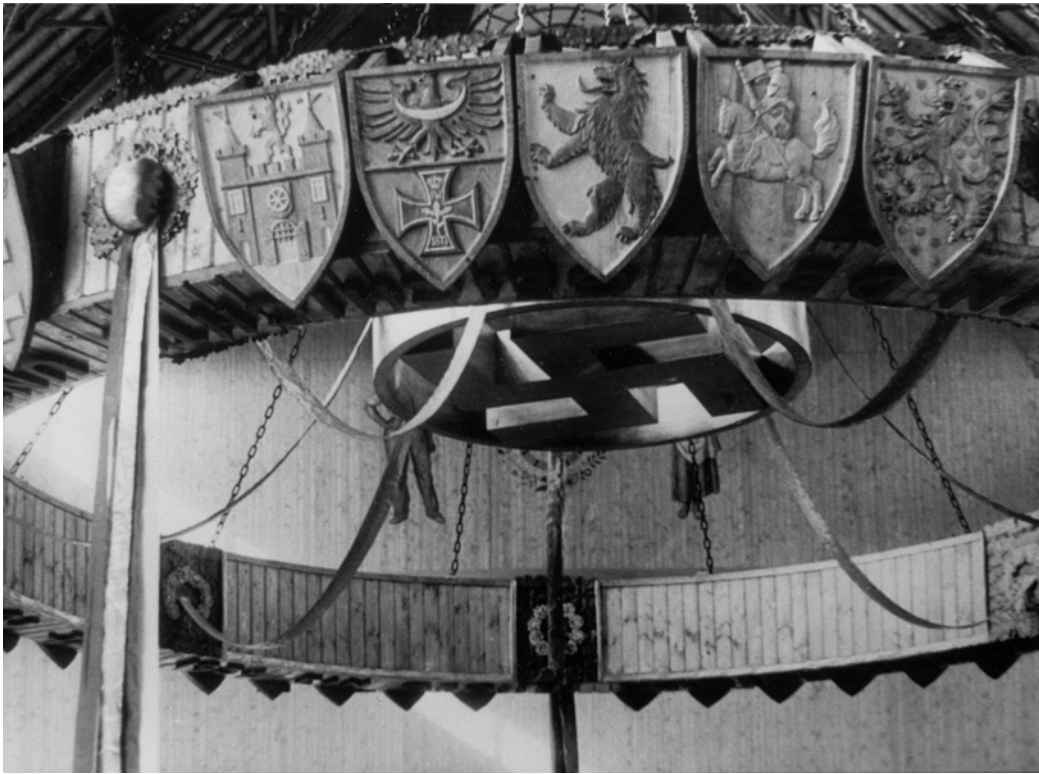


Abb. 4: Hölzerner Kranz in der Tullio-Cianetti-Halle, der die Gauwappen des deutschen Reichsgebietes zeigt, circa 1939; Foto: Walter Krone/StadtA WOB, S.8/#87512Postkarte/StadtA WOB, S.8/#291048

Nur wenige Wochen nachdem die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ per einfacher Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 22. Juli mit rückwirkender Gültigkeit zum 1. Juli 1938 gegründet worden ist, wurde bereits am 15. Oktober desselben Jahres der für die kommenden nicht ganz sieben Jahre gesellschaftliche und kulturelle Mittelpunkt der NS-Mustersiedlung eingeweiht: die *Tullio-Cianetti-Halle*.¹ Dass dem durch die NS-Organisation „Kraft durch Freude“ betriebenen Gebäude eine besondere Funktion zukommen sollte, zeigt schon die Presseberichterstattung, in der sie bereits anlässlich ihrer Eröffnung als „Dom der Volksgemeinschaft“ gefeiert wurde.² Entsprechend sind auch eine Vielzahl an Fotografien und Postkarten des Bauwerks aus der Zeit überliefert, die eine propagandistische Wirkung entfalten und die werdende Stadt für potenzielle Arbeitskräfte attraktiv machen sollten. Sie sind die Ausgangsbasis der nachfolgenden Bildanalyse.

Das äußere Bildprogramm

Bereits bei der Außenansicht, die auf einer frühen Postkarte zu sehen ist, fällt unmittelbar die schiere Größe des Holzgebäudes auf, mit der die *Tullio-Cianetti-Halle* alle sie umgebenden Barracken der nationalsozialistischen Stadtneugründung bei Weitem überragte und weithin sichtbar war (Abb. 1). Sie hatte eine Firsthöhe von 29 Metern, war 64 Meter breit und 120 Meter lang. Ebenfalls fällt auf der Postkarte sofort das große, in ein Zahnrad eingefasste Hakenkreuz unterhalb des Giebels ins Auge – das Symbol der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF). Diese zeichnete für den Aufbau von Werk und Stadt verantwortlich und war Besitzerin des dafür vorgesehenen Grund und Bodens – entsprechend prominent war sie auf der Vorderseite der Halle präsentiert und inszeniert.

Unterhalb des DAF-Symbols sind drei überlebensgroße, hölzerne Figuren angebracht: Die Figur ganz links stellt einen Erd-

arbeiter dar, eine Schaufel in den Händen haltend, in der Mitte ist ein Maurer abgebildet, der, so hat es den Anschein, eine Inneneckenkelle in der Hand hält, ganz rechts ist ein stilisierter Zimmermann zu erkennen – mit der typischen Zunfthose und dem dazugehörigen Hemd bekleidet, dem „Stenz“ in der Hand, dem Wanderstock, der während der Walz genutzt wird, und einem Hut auf dem Kopf. Jede der einzelnen Figuren muss ungefähr fünfeinhalb Meter groß gewesen sein. Mit ihren durch die einfach zu lesenden Attribute und eindeutige Arbeitsbekleidung leicht zu erkennenden Berufen stehen sie sinnbildlich für den Aufbau von Stadt und Werk, als Arbeiter darüber hinaus symbolisch für die nationalsozialistisch intendierte „Volksgemeinschaft“.³

Unterhalb der Figurengruppe ist der Name des Gebäudes – *Tullio-Cianetti-Halle* – in großen Lettern an die Wand angebracht worden. Der Führer der *Deutschen Arbeitsfront*, Robert Ley, hatte die Halle nach dem

Vorsitzenden des faschistischen Industriearbeiterverbandes *Confederazione fascista dei lavoratori dell'industria*, Tullio Cianetti, benannt. Und dies nicht ohne Grund, schließlich war 1938 ein mehrere Tausend Arbeiter umfassendes Kontingent der faschistischen Schwesterorganisation der *Deutschen Arbeitsfront* aus Italien in die werdende Stadt entsandt worden, um die Produktionshallen und Wohnungen aufzubauen. Dies war notwendig geworden, da im Zuge der Errichtung des als kriegswichtig erachteten „Westwalls“ in der „Stadt des KdF-Wagens“ ein gravierender Arbeitskräftemangel herrschte.⁴ Nach dem 13. Oktober 1943 wurde der Namensschriftzug jedoch stillschweigend abgenommen, als im Anschluss an den Sturz Benito Mussolinis die postfaschistische neue Regierung unter Marschall Pietro Badoglio dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte. Anschließend etablierte sich der neue Name „KdF-Halle“.

Auf einer fast zeitgleich mit der Postkarte entstandenen Foto-

grafie von Fritz Heidrich ist die Halle mit Girlanden geschmückt (Abb. 2). Dies und auch die offenbar gerade erst neu gepflanzten Bäume deuten darauf hin, dass die Aufnahme im Rahmen der Einweihungsfeierlichkeiten oder aber eines anderen Festaktes entstanden sein könnte. Rechts neben dem kulturellen Zentrum der „Stadt des KdF-Wagens“ stehen, wie schon bei der Postkarte, getreu der üblichen NS-Inszenierungen, hohe Fahnenmaste mit im Wind wehenden, langen Hakenkreuzfahnen.

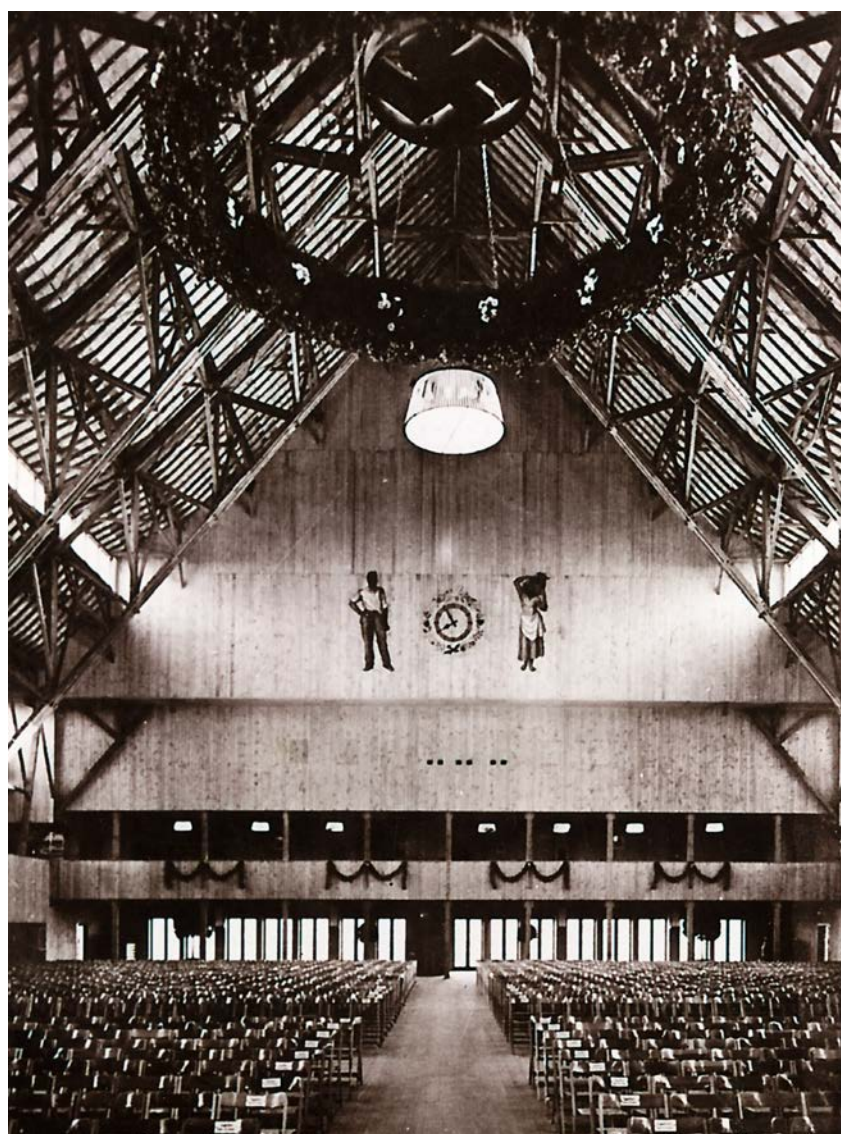
Das innere Bildprogramm

Der Blick in die *Tullio-Cianetti-Halle* wirkt mit den unzähligen Stuhlreihen, die die Tiefe der Halle unterstreichen, imposant (Abb. 3). In die Rückwand eingelassen ist die Bühne, die links und rechts von je drei Fahnen gerahmt ist: Jeweils an der linken Seite befindet sich eine Hakenkreuzfahne, in der Mitte folgt sodann die Fahne des faschistischen Italiens mit weißem Kreuz

auf rotem Schild im Zentrum, rechts daneben ist die Fahne der *Deutschen Arbeitsfront* platziert. Da die Fahne Italiens so zentral präsentiert worden ist, kann auch bei dieser Fotografie davon ausgegangen werden, dass sie wohl im Rahmen der feierlichen Eröffnung entstanden ist. Oberhalb der Bühne sind ebenfalls drei Figuren an die Wand angebracht: zwei Tänzerinnen in schwingenden Kleidern und darüber ein Akkordeonist. Neben der tragenden Holzkonstruktion des Daches sind auch die beiden langen Reihen an Dachfenstern für den natürlichen Lichteinfall gut erkennbar. In der Mitte der Halle hängt ein riesig anmutender, mit Blumen dekorierte Kranz von der Decke herab.

Dieser Kranz wurde im Laufe der Zeit nicht mehr allein von Blumen geschmückt, sondern um einen Ring aus hölzernen Wappen erweitert, die nicht weniger als 38 Gaue repräsentierten. Inmitten der Wappen prangte ein riesiges, horizontal angebrachtes Hakenkreuz, das durch Girlanden mit dem äußeren Kranz verbunden war. Eine eindrucksvolle Fotografie (Abb. 4) zeigt wiederum eine Ansicht, die mit der Bühne im Rücken Richtung Eingang blickend aufgenommen worden ist. Ganz rechts auf der Aufnahme ist das Gauwappen Thüringens mit dem gekrönten Löwen zu erkennen. Mittig befindet sich das Gauwappen Berlins mit seinem zottigen Bären. Links daneben folgen das Gauwappen Schlesiens sowie das des Reichsgaus des Sudetenlandes. Das Sudetenland war erst kurz zuvor, im Rahmen des Münchner Abkommens vom 30. September 1938, an das Deutsche Reich angegliedert worden. Die Tschechoslowakei saß damals gar nicht erst am Verhandlungstisch. Den Machthabern schien es offenbar wichtig, den außenpolitischen Erfolg auch in der *Tullio-Cianetti-Halle* prominent zu platzieren. Am linken Bildrand wiederum ist das Wappen des Reichsgaus Danzig zu erkennen – die Stadt war als Folge des Ersten Weltkrieges von 1920 bis 1939 ein autonomer, souveräner Staat und stand unter dem Schutz des Völkerbundes. Der völkerrechtswidrige Anschluss Danzigs an das Deutsche Reich erfolgte noch am 1. September 1939, dem Tag, an dem der Zweite Weltkrieg begann. Das mittig platzierte Hakenkreuz signalisiert die Verbundenheit all dieser Reichsgaue mit dem „Dritten Reich“, was insbesondere im Hinblick auf die letztgenannten Wappen eine starke Aussagekraft hat, wird doch suggeriert, dass auch diese Reichsgaue ganz natürliche Bestandteile des Reiches waren.

Eine Fotografie, die einen Blick in die Halle hinein in Richtung der gläsernen Eingangsfassade gewährt (Abb. 5), verdeutlicht noch einmal die imposante Größe der *Tullio-Cianetti-Halle*. So bringen die scheinbar endlosen Reihen an Stühlen perspektivische Tiefe in den Raum. An der Decke ist erneut der Kranz mit dem großen Hakenkreuz in der



Mitte zu sehen; da hier jedoch noch keine Gauwappen, sondern Blumen den äußeren Kranz säumen, datiert die Fotografie der Postkarte wahrscheinlich noch auf die Zeit der Einweihung der Halle. An der Bühne der gegenüberliegenden Wand sind einmal mehr zwei Figuren zu erkennen. Links ist ein Bauer, rechts eine Bäuerin abgebildet, zwischen denen eine mit Blumenranken verzierte Uhr zu erkennen ist. Die beiden Figuren entsprachen den ideologischen Vorstellungen der deutschen Bauernschaft – gemeinsam mit den an der Außenwand gezeigten Arbeitern und Handwerkern stehen sie für die Einheit der „Volksgemeinschaft“.

Die Analyse der zeitgenössischen Postkarten und Fotografien hat gezeigt, wie sehr die gesamte Gestaltung der *Tullio-Cianetti-Halle* einem propagandistischen Zweck folgte. Gleiches lässt sich auch im Hinblick auf die Veranstaltungen sagen, die in der Halle durchgeführt worden sind. Neben Tanzabenden, Opern-, Operetten- und Schauspielaufführungen für die privilegierte VW-Arbeiterschaft,⁵ bot die Halle auch für Parteiversammlungen der NSDAP Platz. Zudem war sie der Ort in der Stadt, an dem Kinovorstellungen gegeben und die begleitenden propagandistischen „Wochen-schauen“ gezeigt wurden. Über vielfache Veranstaltungsformate



Oben: Artikel aus *Kameraden der Arbeit*. Zeitschrift für das Gemeinschaftslager des Volkswagenwerkes (August 1939), S. 3

Links: Abb. 5: Die Innengestaltung der Eingangsseite, wahrscheinlich 15. Oktober 1938; Foto: unbekannt/ StadtA WOB, S.8/#80061

wurde zudem versucht, die Heimatfront über Spendenaufrufe mit der Kriegsfront zu verbinden.

Sophie Düvel ist Schülerin des Gymnasiums Fallersleben und besucht dort den 11. Jahrgang.

1 Zur Baugeschichte siehe Marcel Glaser, „Die Tullio-Cianetti-Halle/KdF-Halle“, in: Das Portal: Gemeinschaftslager, online abrufbar unter <https://www.wolfsburg.de/newsroom/x/04/gemeinschaftslager-cianetti-halle> [28.2.2025]. Zur Geschichte der NS-Mustersiedlung siehe Marcel Glaser/Manfred Grieger, „Die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“. Ein Musterort der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft?“, in: Winfried Süß/Malte Thießen (Hg.), Städte im

Nationalsozialismus. Urbane Räume und soziale Ordnungen. Göttingen 2017, S. 127–150.
2 „Gemeinschaftshalle für 5000 Schaffende entsteht – Allerlei aus der Stadt von Holz am Klieversberg“, in: Aller-Zeitung vom 11. Juli 1938.
3 Siehe dazu Michael Wildt, „Volksgemeinschaft“, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte vom 3. Juni 2014, online abrufbar unter <http://docupedia.de/zg/Volksgemeinschaft> [28.2.2025].
4 Manfred Grieger, „Zuwanderung und junge Industriestadt. Wolfsburg und die Migranten seit 1938“, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Jg. 81 (2009), S. 177–210, hier S. 180f.
5 Zur Bandbreite des kulturellen Angebotes siehe Lucinda Jäger, Alltag und Kriegserfahrung. Irmgard Buschs Briefe aus der NS-Musterstadt. Hannover 2022, S. 103–111.

Amtsketten im deutschsprachigen Raum

Die Geschichte eines überschätzten Symbols

VON DANIEL NIESWAND



Abb. 1: Oberstadtdirektor Dr. Wolfgang Hesse, VW-Generaldirektor Heinrich Nordhoff, der niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Hellwege und Oberbürgermeister Arthur Bransch, mit der ihm kurz zuvor verliehenen Amtskette (von links nach rechts), 22. März 1958; Foto: Fritz Heidrich/StadtA WOB, S.8/#65280

Der 22. März 1958 markiert einen Meilenstein in der zu dieser Zeit noch nicht ganz 20-jährigen Stadtgeschichte Wolfsburgs.¹ Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Bevölkerung der jüngsten Stadt in der Bundesrepublik Deutschland stetig angewachsen – und mit ihr auch deren Verwaltung. Doch anders als in anderen Städten war die Stadtverwaltung zu jener Zeit nicht an einem Ort konzentriert, sondern verteilte sich auf mehrere Gebäude, mitunter sogar Baracken aus der Gründerzeit, dezentral in der ganzen Stadt. Was Wolfsburg zum damaligen Zeitpunkt fehlte, war indes ein Rathaus, das diesen Namen auch verdiente und sowohl für den Rat der Stadt als auch für die Verwaltung als adäquater, zentraler Sitz fungieren sollte.

Mit der 1951 erfolgten Auskreierung und der vier Jahre später erhaltenen kommunalen Erstausstattung, mit der die Stadt Wolfsburg endlich über den benötigten Grund und Boden verfügte, waren die Voraussetzungen geschaffen, einen solchen Bau zu realisieren. Den dafür ausgeschrieben Architekturwettbewerb konnte der in Wolfsburg nicht unbekannte Titus Taeschner – er hatte bereits während des „Dritten Reiches“ den Aufbau der „Stadt des KdF-Wagens“ als technischer Geschäftsführer der

Wohnungsgesellschaft *Neuland* maßgeblich mitgeprägt – für sich entscheiden.² Als das Rathaus im Frühjahr 1958 feierlich eingeweiht wurde, sollte die Stadt – frei nach den Worten des damaligen Oberbürgermeisters Arthur Bransch – mit diesem repräsentativen Verwaltungssitz endlich ihr Herz bekommen.

Drei Jahre lang hatten die Baumaßnahmen angedauert, ehe das Rathaus 1958 finalisiert und an die Stadt übergeben werden konnte. Die Einweihungsfeier fand in der Aula des Ratsgymnasiums statt. Viele Gäste kamen, um der Zeremonie beizuwohnen. Im Vorfeld hatte sich Oberstadtdirektor Wolfgang Hesse darum bemüht, anlässlich des feierlichen Ereignisses hochrangige Ehrengäste zu gewinnen: So wurden unter anderem Einladungsschreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer, den regierenden Bürgermeister (West-)Berlins, Willy Brandt, sowie den niedersächsischen Ministerpräsidenten Heinrich Hellwege verschickt. Von diesen dreien hat es einzig Ministerpräsident Hellwege einrichten können, bei der Rathaus-einweihung anwesend zu sein, doch übersandten sowohl Adenauer als auch Brandt persönliche Glückwünsche. Auch Vertreter der englischen Stadt Luton, mit der Wolfsburg seit 1950 eine Städtepartnerschaft sowie einen

Jugendaustausch pflegte, gehörten zu den Gratulanten. Sämtliche Grußworte finden sich in der Festschrift, die anlässlich der Rathauseinweihung publiziert wurde.³

Mit Heinrich Nordhoff, dem Generaldirektor des Volkswagenwerkes, gehörte der damals wohl prominenteste Wolfsburger selbstverständlich ebenfalls zu den Ehrengästen. Nordhoff war allerdings nicht vorrangig als Vorsitzender und Vertreter des Volkswagenkonzerns gekommen: Vielmehr war ihm als erstem Ehrenbürger der Stadt zuvor angetragen worden, den Gruß der Bürgerschaft zu überbringen. Dieser Bitte der Stadtverwaltung kam er gerne nach. Aus seinen Worten geht hervor, dass er sich der Tragweite dieses Gesuchs vollkommen bewusst war:

„Es scheint mir von besonderer symbolischer Bedeutung zu sein, daß mir diese Aufgabe von der Bürgerschaft übertragen wurde, der ich sowohl seit mehr als einem Jahrzehnt Bürger dieser Stadt bin, ihr erster Ehrenbürger und gleichzeitig der Leiter des Volkswagenwerkes, dessen Bestehen diese Stadt ihre Gründung und ihr Leben verdankt.“⁴

Dem feierlichen Anlass entsprechend war Nordhoff nicht mit leeren Händen gekommen, sondern überreichte Oberbürgermeister Bransch eine ebenso

symbolische wie repräsentative Gabe (Abb. 1):

„HERR OBERBÜRGERMEISTER! ES IST SEIT JAHRHUNDERTEN SO, DASS DER BÜRGERMEISTER EINER STADT ALS ZEICHEN SEINER WÜRDE DIE KETTE DES BÜRGERMEISTERS TRÄGT. SIE IST ZUGLEICH EIN SYMBOL DAFÜR, DASS MIT DIESEM AMT AUCH EINE BÜRDE VERBUNDEN IST, DIE WIR ALLE SEHEN UND ANERKENNEN.“⁵

Mit diesen Worten überreichte Nordhoff Oberbürgermeister Bransch die eigens für die so junge Stadt Wolfsburg in Auftrag gegebene Amtskette, die dieser mit Freuden entgegennahm:

„ICH FREUE MICH GANZ BESONDERS, DASS ICH DIESE AMTSKETTE AUS DER HAND UNSERES EHRENBÜRGERS ENTGEGENNEHMEN KONNTE. SIE SEHEN DARIN AUCH GLEICHZEITIG EINE ANERKENNUNG UND EINE RECHTFERTIGUNG DES GUTEN VERHÄLTNISSES ZWISCHEN STADT UND WERK, UND SO SOLL ES AUCH KÜNFTIG BLEIBEN.“⁶

Der Ursprung der Amtskette und ihre historische Entwicklung

Besonderheit und Symbolhaftigkeit einer Amtskette werden in

ihrer Historie deutlich, die allerdings zuweilen auch überschätzt wird. Auch Heinrich Nordhoff, der von einem jahrhundertealten Brauch sprach, suggerierte auf diese Weise eine weit längere Traditionslinie, die nicht der Realität entspricht. Denn die Amtskette, wie wir sie heute kennen, ist tatsächlich vergleichsweise jung und entwickelte sich erst im späten 18., frühen 19. Jahrhundert. Der Historiker Gunter Stemmler bezeichnet Bürgermeisterketten demgemäß als „ein junges Amtszeichen, das sich erfolgreich verbreitet hat und dabei das Image erhielt, geschichtsträchtig zu sein“.⁷

Eine ‚Mitschuld‘ an der Verbreitung dieses Images ist mitunter bei Künstlern des 19. Jahrhunderts zu suchen, die ihrerseits ein romantisierendes Bild des Mittelalters förderten und dabei auch Objekte wie die Amtskette auf jene Epoche übertrugen. Beispielsweise sei hier das 1808 bis 1810 entstandene Gemälde von Franz Pförr *Der Einzug König Rudolfs von Habsburg in Basel 1273* genannt.⁸ Im Bildhintergrund befindet sich eine Gruppe Männer in schwarzen Gewändern, die auf die Ankunft des Königs warten. Lediglich einer dieser Männer trägt eine Kette um den Hals, wodurch er als besonders hervorgehoben wird. Das Gemälde fällt zwar zeitlich mit dem Aufkom-



Links: Abb. 2: Oberbürgermeister Arthur Bransch und Architekt Titus Taeschner vor den Rathausstüren, 22. März 1958; Foto: Walter Hönl/StadtA WOB, Bildersammlung

Oben rechts: Abb. 3: Die Wolfsburger Amtskette, April 2025; Foto: Lars Landmann/StadtA WOB, S.8/#293646

men der Amtsketten zusammen, vermittelt durch seine Darstellung jedoch eine Kontinuitätslinie des Amtszeichens, die durch Quellen nicht belegt ist. Stemmler zufolge sind weder Ratsprotokolle, noch Rechnungsbücher, Berichte über Prozessionen und Feiern aus dieser Zeit überliefert, die eine andere Interpretation zulassen würden. Auch entsprechende Gemälde aus dem Mittelalter oder gar Überreste von Amtsketten existieren nicht.

Dass sich derartige neue Zeichen und Insignien überhaupt entwickeln konnten, schreibt Stemmler der Französischen Revolution zu, im Zuge derer sich durch die staatlichen und sozialen Veränderungen neue Freiräume eröffneten. Die „Initialzündung“ für Amtsketten im deutschsprachigen Raum ging von Preußen aus, dessen 1808 neugeschaffene Städteordnung in Paragraph 208 festlegte, dass Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, aber auch Bezirksvorsteher und Bürgerbeisitzer Medaillen und Amtszeichen als sichtbares Erkennungssymbol tragen sollten. In großen Städten sollten diese an goldenen Ketten getragen werden, in kleineren Ortschaften an Bändern. Stemmler zufolge waren die Ketten zunächst jedoch vorrangig als Halterung vorgesehen, an denen das von seiner Bedeutung her wichtigere Amtszeichen befestigt wurde. Allerdings dauerte es in Preußen bis ins Jahr 1836, dass mit Berlin die erste Stadt eine amtliche Kette für den Bürgermeister erhielt. Dies war auch dem Unwillen des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. geschuldet, der sich das Recht hatte einräumen lassen, über die Gestalt der Medaillen und Ketten zu bestimmen. Die Legitimation sollte weiterhin zu aller erst vom König ausgehen.

Die erste Amtskette überhaupt wurde in Bayern getragen. Im Zuge der 1818 entstandenen Neufassung der Bayrischen Gemeindeordnung wurde die Ein-

führung von Medaillen und Ketten für Bürgermeister nach preußischem Vorbild adaptiert. Bis 1820 wurden für alle Ortschaften Amtsketten angeschafft, wobei das Tragen dieser Amtsketten zur Pflicht wurde. Peu à peu etablierte sich die Amtskette in Gold oder Silber auch in weiteren deutschen Ländern. Einige dieser und verschiedene größere Städte entschieden sich allerdings gegen die Einführung von Amtsketten.

Das Verhältnis der Preußen zur Amtskette lässt sich als ambivalent beschreiben. Unter verschiedenen Regenten kam es abwechselnd zu Lockerungen und Einschränkungen bei dem eigentlich doch festgeschriebenen Recht auf das Tragen von Amtsketten. Im Jahre 1851 beispielsweise erging unter Friedrich Wilhelm IV. eine Kabinettsorder, der zufolge die Würdigkeit der städtischen Behörden und die Gesinnung der betreffenden Gemeinde geprüft werden musste, bevor eine Amtskette gewährt wurde. Während Wilhelm I. zum Recht auf das Tragen von Amtsketten zurückkehrte, wurde selbiges unter dem letzten deutschen Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., wieder soweit eingeschränkt, dass Gestaltung und Vergabe von Amtsketten von der persönlichen Entscheidung des Herrschers abhingen. Dadurch verblieb die Amtskette lange Zeit im Stadium eines herrschaftlichen Gnadenbeweises.

Nachdem die Amtskette ursprünglich als sichtbare Legitimation von Verwaltungsangehörigen auf kommunaler Ebene gedacht war, dann allerdings von den Ansprüchen von Königen und Kaisern überlagert worden ist, deutete sich mit der ersten parlamentarischen Demokratie während der Weimarer Republik eine Veränderung an. Beispielsweise erging in der Republik Baden im Oktober 1925 die Anordnung, dass die Gemeinden selbstständig darüber bestimmen konnten, neue Amtszeichen

prägen zu lassen oder die früheren umzuprägen. Die endgültige Emanzipation der Amtskette erfolgte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ und der vollständigen Hinwendung zur Demokratie. Sämtliche zuvor bindenden Vorschriften fielen nun weg oder wurden aufgehoben, sodass die Handhabung bei der Anschaffung und Gestaltung von Amtsketten zukünftig gänzlich in der Verantwortung der Kommunen beziehungsweise Städte lag. Die Kunsthistorikerin Ulla Stöver bezeichnet diese letzte Entwicklung als eine „gute Rückbesinnung auf Sinn und Wert von Amtsketten“ und deutet diese als ein Zeichen dafür, „daß sich die Bürger wieder verantwortlich fühlen für das Gemeinwesen und daß sie dieses Verantwortungsgefühl dokumentieren wollen“.⁹

Die Wolfsburger Amtskette im Detail

Eben dies zeigt sich auch bei der Wolfsburger Amtskette (Abb. 2), bei der es sich offenbar nicht direkt um ein Geschenk auf Betreiben Heinrich Nordhoffs oder des Volkswagenkonzerns gehandelt hat. Denn erstmals wurde die Idee zur Beschaffung einer Amtskette im Verwaltungsausschuss vom 7. Januar 1958 diskutiert, als Uwe-Jens Nissen, seines Zeichens Senator und Mitglied des Verwaltungsausschusses, beantragte, die Fraktionen sollten sich mit der Frage auseinandersetzen, ob dem Oberbürgermeister eine Amtskette verliehen werden solle, die ihm anlässlich der bevorstehenden Zeremonie der Rathauseinweihung überreicht werden könne. Der Antrag wurde in der Sitzung vom 28. Januar 1958 einstimmig angenommen, woraufhin die Verwaltung mit der Suche nach geeigneten Handwerkern beauftragt wurde, die die praktische Umsetzung der Amtskette realisieren sollten. Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass auch Oberbürger-

meister Arthur Bransch zum Verwaltungsausschuss gehörte und dementsprechend in beiden genannten Sitzungen anwesend war. Demnach war er an der Entscheidung pro Amtskette direkt beteiligt und wurde nicht von den Vorgängen überrascht.

Bemühungen, die weitere Auftragsvergabe nachzuvollziehen, blieben erfolglos. Weder in den Akten, die sich im *Wolfsburger Stadtarchiv* befinden, noch in den Akten des Werksarchivs der *Volkswagen AG* ließen sich Dokumente ermitteln, anhand derer beispielsweise die Auftragsvergabe oder der Herstellungsprozess der Amtskette rekonstruierbar wären.

Als im Jahr 1967 im *Deutschen Goldschmiedehaus Hanau* mit der Ausstellung *Amtsketten deutscher Städte* die erste wissenschaftliche Auseinandersetzung zum Thema präsentiert wurde, wurde im begleitenden Katalog auch die Wolfsburger Amtskette vorgestellt: Der Entwurf für die Amtskette geht auf den Künstler Hans Hirschler zurück, der unter anderem anderthalb Jahre später zu den Initiatoren des *Kunstvereins Wolfsburg e.V.* zählen sowie 1961 die Künstlergruppe *Schlossstraße 8* mitgründen sollte. Die praktische Umsetzung der Kette erfolgte durch den Goldschmiedemeister Joachim Schürmanns aus Krefeld-Verberg. Allerdings bleibt unklar, von wem und auf welche Weise Hans Hirschler miteinbezogen wurde und warum die Ausführung einem Goldschmied aus Krefeld übertragen wurde. Möglicherweise bestanden Kontakte zwischen Hirschler und Schürmanns. Die aus Silber und Email gefertigte Amtskette Wolfsburgs, die insgesamt 82 Zentimeter lang ist und deren Anhänger 7 × 6,8 Zentimeter misst, wird im Ausstellungskatalog wie folgt beschrieben (Abb. 3):

„14 Glieder sind durch kleine Ösen miteinander verbunden. Die Glieder bestehen aus jeweils drei massiven Silberdrahtschlau-

fen, wobei die mittlere Schlaufe breit ausgezogen wurde und einen eingeschliffenen Kreis enthält. Das vierte Kettenglied zu beiden Seiten ist innerhalb des Kreises mit weißem Email und außerhalb mit grünem Email ausgefüllt. Auf dem Nackenschild eingraviert ‚Wolfsburg Anno 1958‘. Die Kette ist zusammengeführt mit Scharnierbalken, an dem der schildförmige Anhänger aufgehängt ist: Stadtwappen (rot emaillierter Grund, silberne Burg, goldener Wolf).“¹⁰

Im Gegensatz zu anderen, teilweise prunkvolleren Amtsketten vergleichsweise schlicht gehalten, ist die Wolfsburger Amtskette keineswegs weniger repräsentativ und zielt seit mittlerweile 67 Jahren das jeweils gewählte Oberhaupt der Stadt Wolfsburg bei feierlichen Anlässen.

Daniel Nieswand ist Archivar am IZS.

- 1 Dieser Artikel geht auf eine Anfrage Rolf Schnelleckes aus dem Januar 2025 zurück, der die Geschehnisse der Stadt Wolfsburg von 2001 bis 2011 als Oberbürgermeister lenkte. Aus seiner Anfrage resultierte eine ausführliche Recherche, die sowohl die Geschichte der Amtsketten im Allgemeinen als auch die der Wolfsburger Amtskette im Besonderen umfasste.
- 2 Siehe dazu Alexander Kraus, Stadt ohne Geschichte? Wolfsburg als Demokratie-Labor der Wirtschaftswunderzeit. Göttingen 2021, S. 111–138.
- 3 Das Wolfsburger Rathaus. Zur Einweihung am 22. März 1958. Wolfsburg 1958.
- 4 StadtA WOB, B.1.2, Nr. 8721, Bd. 1, Festansprachen in der „Aula des Gymnasiums“ anlässlich der Rathaus-Einweihung am 22. März 1958, S. 10.
- 5 Ebd., S. 12.
- 6 Ebd., S. 13.
- 7 Gunter Stemmler, Zierde und Zeichen – Die Bürgermeisterkette. Berlin 2001, S. 3.
- 8 Siehe dazu den Eintrag in der Digitalen Sammlung des Frankfurter Städtel Museums, online abrufbar unter <https://sammlung.staedelmuseum.de/de/werk/der-einzug-des-koenigs-rudolf-von-habsburg-in-basel-1273> [26.5.2025].
- 9 Ulla Stöver, Amtsketten deutscher Städte (Ausstellung im Deutschen Goldschmiedehaus Hanau vom 11. März bis 9. April 1967). Hanau 1967.
- 10 Ebd.

Wolfsburger Kneipennostalgie

VON LUCY HARTWIG



Buchcover (Ausschnitt)

Noch 1957 hieß es in einem Artikel des Journalisten Paul Noack, der in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen ist, „Nachtleben kennen die Wolfsburger nur aus Braunschweig oder Hannover“ und auch sonst könne nicht die Rede davon sein, dass diese Stadt pulsiere.¹ Angesichts des jungen Alters der Stadt sowie der auch in den 1950er Jahren noch grassierenden Wohnungsnot erscheint es naheliegend, sich das Wolfsburg der Zeit nicht unbedingt als Ausgestadt zu imaginieren. Nicht minder nahe liegt es zu bezweifeln, dass es überhaupt Orte gegeben haben mag, die nach dem Feierabend oder am Wochenende zu Anziehungspunkten des sozialen Geschehens hätten werden können. Doch tatsächlich reichen die Anfänge der sich entwickelnden Wolfsburger Kneipenkultur viel weiter zurück, als Noack Glauben machen wollte. Bereits in den 1940er Jahren öffneten Gaststätten wie die *Bahnhofsgaststätte*, die *Altdeutsche Bierstube* oder *Zur Heimat* ihre Türen für all jene, die sozialen Kontakt und Austausch suchten. Ihre Entstehungsgeschichten, ebenso wie die zahlreicher anderer Kneipen, hält Axel Bosse in seinem im Oktober 2024 erschienen Band *Wolfsburg Kneipengeschichten – Zwischen Tiffany und Hühner-Rudi* fest und setzt der eingangs zitierten Aussage des Journalisten Paul Noack gewissermaßen eine Innenperspektive entgegen. Denn der 1952 geborene Axel Bosse lebt und arbeitet seit nun mehr als 50 Jahren in Wolfsburg, ist seit 2024 Ortsbürgermeister des Stadtteils Det-

merode, Mitglied im Wolfsburger Kunstbeirat und in der Stadt allgemein für sein politisches und gesellschaftliches Engagement bekannt. Für sein Buch hat Bosse vielfältige Informationsquellen über das „Wohnzimmer der Deutschen“, jenen „Zwischenort zwischen Familie und Arbeitswelt“ angezapft.² So stammen viele Anekdoten, die in einem solchen Buch nicht fehlen dürfen, aus Gesprächen mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, andere Informationen hat er anhand des Zeitungsarchivs des IZS oder aus der Postkartensammlung des Stadtmuseums zusammengetragen. In den insgesamt neun Kapiteln nähert sich Bosse seinem Untersuchungsgegenstand stets über den zeitlichen Kontext, webt die Entstehungsgeschichten der Kneipen und Tanzlokale auf diese Weise in die Stadtgeschichte ein. Anschließend werden sodann all jene Kneipen, Lokale, Restaurants, Tanzlokale und Cafés getreu der Chronologie ihres Entstehens folgend vorgestellt und mit Fotografien aus der Zeit illustriert, die Wolfsburg nachhaltig geprägt haben. Es schmökert sich gewissermaßen gemütlich durch das Wolfsburger Nachtleben, ohne dafür eigens vor die Tür gehen oder sich in eben jenes stürzen zu müssen. Bosse liefert auf 79 Seiten Nachweis um Nachweis, dass über die Jahrzehnte in der sogenannten „Volkswagenstadt“ keineswegs mit dem Feierabend der Rückzug ins Private erfolgte. Vielmehr ging das Leben an den unterschiedlichsten Treffpunk-

ten rege weiter. Verschiedenste Menschen treffen aufeinander, trinken zusammen etwas und so entstehen die Geschichten, die Axel Bosse in seinem Buch niederschreibt. Vollständigkeit hat Bosse allerdings nicht angestrebt. So fehlen zum Teil konkrete Informationen wie zum Beispiel die Eröffnungsjahre einzelner Lokaltäten. Auch fehlt manche Gaststätte, etwa der *Alte Wolf* in der Schloßstraße, die ebenfalls einen Platz in Bosses Kneipen-Buch verdient gehabt hätten. Dieses ist eher als Sammlung von Insider-Geschichten zu verstehen. Bosse schafft mit seinem Buch vor allem einen Raum der Erinnerungen, in dem das rege Treiben im Stadtkern sowie auf den zahlreichen Wolfsburger Dörfern festgehalten ist. Dabei geht es ihm keineswegs allein um das nächtliche Treiben, sondern auch um jene Lokale, in denen ein Frühstück eingenommen oder ein mittäglicher Kaffee genossen werden konnte. Mein Vater, 1965 in Wolfsburg geboren, erzählt mir oft von seiner Zeit im hiesigen Nachtleben, von durchzechten Freitag- und Samstagabenden, lustigen Erlebnissen und flüchtigen Bekanntschaften. Wann immer wir in Wolfsburg unterwegs sind, treffen wir mindestens eine von diesen und schon lassen sie die gemeinsame Zeit miteinander Revue passieren. Am häufigsten hat er mir aber von seiner Arbeit in der Kneipe *Tiffany* erzählt, die in Axel Bosses Buch nicht fehlen durfte. Dort fiel meinem Vater Anfang der 1990er Jahre eine „hübsche Blonde“ auf,

die gegenüber bei *Goldschmiede Koch* arbeitete und öfters einmal für die dortigen Kunden im *Tiffany* ein Glas Sekt oder für sich einen Milchkaffee bestellte. Diese „hübsche Blonde“ ist heute meine Mutter. Auch sie erzählt gerne von früher und erwähnt dabei den Mann hinter dem Tresen im *Tiffany*, den sie eigentlich nur vom Sehen her kannte. So bietet das Buch Gelegenheit, über die Lektüre in die eigenen Erinnerungen einzutauchen. *Wolfsburg Kneipengeschichten – Zwischen Tiffany und Hühner-Rudi* fängt ein, wie wichtig die entstehende Kneipen- und Ausgehkultur für das Stadtleben war und wohl auch noch immer ist. Was dem Buch an Wissenschaftlichkeit und tiefergehender Analyse fehlt, wiegt es mit Nostalgie auf. Mich hat es an ein kommentiertes, privates Fotoalbum denken lassen, das bei Augenzeugen Erinnerungen an die Hochzeit der Wolfsburger Kneipen- und Ausgehkultur weckt. Bosse erzählt in seinem Buch jedoch nicht nur von vergangenen, längst geschlossenen Lokaltäten, sondern reicht mit seinen Erzählungen bis in die Gegenwart. In gewisser Weise ist es daher durchaus ein generationenübergreifendes Buch. Lucy Hartwig absolviert zurzeit ein freiwilliges politisches Jahr am IZS.

Deutsche Welle, vom 13. Mai 2020, online abrufbar unter <https://www.dw.com/de/die-kneipe-das-wohnzimmer-der-deutschen/a-53425149> [20.5.2025].

DAS ARCHIV

HERAUSGEBER
Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

INSTITUTSLEITUNG
Anita Placenti

REDAKTION
Dr. Alexander Kraus
Aleksandar Nedelkovski
Anita Placenti
Daniel Nieswand

BILDREDAKTION
Katja Steiner

ANSCHRIFT
Stadt Wolfsburg,
Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation,
Goethestr. 10 a, 38440 Wolfsburg,
Tel. (05361) 27 57 30,
Fax. 27 57 57,
E-Mail: izs-stadtarchiv@stadt.wolfsburg.de
www.wolfsburg.de/izs

Disclaimer: Trotz sorgfältiger Bemühungen konnten nicht alle Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Wir bitten darum dem IZS bestehende Ansprüche ggf. mitzuteilen.

AUFLAGE: 500
ISSN 2367-4431

1 Paul Noack, „Wolfsburg – eine Stadt jünger als wir“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. August 1957, S. 12.
2 Torsten Landsberg, „Die Kneipe – das Wohnzimmer der Deutschen“, in: